# Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

**Nr. 58. Mittag-Ausgabe.** Sechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Dinstag, den 4. Februar 1879.**


### Verordnung,
**betreffend die Paßpflichtigkeit der aus Rußland kommenden Reisenden.**
Vom 2. Februar 1879.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen 2c., verordnen im Namen des Reichs, auf Grund des § 9 des Gesetzes über das Paßwesen vom 12. October 1867 (Bundes-Gesetzbl. S. 33), was folgt:

§ 1. Vom 10. dieses Monats ab bis auf Weiteres ist jeder Reisende, welcher aus Rußland kommt, verpflichtet, sich durch einen Paß auszuweisen, welcher am Tage des Austritts des Reisenden aus dem russischen Staatsgebiete oder an einem der beiden vorhergehenden Tage von der deutschen Botschaft in St. Petersburg oder von einer deutschen Consularbehörde in Rußland visirt worden ist.

§ 2. Zur Erlangung dieser Visirung ist der glaubhafte Nachweis zu führen, daß der Paßinhaber sich innerhalb der letzten zwanzig Tage in keinem von der Pest ergriffenen oder derselben verdächtigen Gebiete aufgehalten hat.

§ 3. Der Paß ist beim Eintritt über die Reichsgrenze behufs Gestattung der Weiterreise der diesseitigen Grenzbehörde zur Visirung vorzulegen.

§ 4. Der Reichskanzler ist ermächtigt, die zur Ausführung gegenwärtiger Verordnung erforderlichen allgemeinen Anordnungen zu treffen.

Urkundlich unter unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 2. Februar 1879.

(L. S.) **Wilhelm.**
Otto Graf zu Stolberg.

---

### Bekanntmachung,
**betreffend die Bedingungen der Zulassung von Reisenden aus Rußland zum Eintritt über die Reichsgrenze.**
Vom 3. Februar 1879.

Auf Grund der mir im § 4 der Verordnung vom 2. d. M., betreffend die Paßpflichtigkeit der aus Rußland kommenden Reisenden (Reichs-Gesetzbl. S. 9), und im § 2, Absatz 2 der Verordnung vom 29. v. M., betreffend Beschränkungen der Einfuhr aus Rußland (Reichs-Gesetzbl. S. 3) ertheilten Ermächtigung bestimme ich hierdurch:

1) Reisende, welche aus Rußland kommen, sind zum Eintritt über die Reichsgrenze nur dann zuzulassen, wenn sie sich durch Pässe ausweisen, welche der Vorschrift des § 1 der Verordnung vom 2. d. Mts. vollständig entsprechen.

2) Das Reisegeräth derjenigen Reisenden, welche hiernach zum Eintritt über die Reichsgrenze zwar zuzulassen sind, welche jedoch einem von der Pest ergriffenen oder derselben verdächtigen Gouvernement Rußlands durch Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt angehören, sind beim Eintritt über die Reichsgrenze vor Gestattung der Weiterreise einer Desinfection zu unterwerfen. Von der Kleidung, welche solche Reisende an sich tragen, sind mindestens die Oberkleider gleichfalls zu desinficiren.

3) Die Desinfection (2) hat mittelst gasförmiger, schwefliger Säure in der Weise zu geschehen, daß die zu desinficirenden Gegenstände mindestens sechs Stunden hindurch in geschlossenem Raume den unmittelbaren Einwirkungen der schwefligen Säure ausgesetzt und daß dabei mindestens fünfzehn Gramm Schwefel auf den Kubikmeter lichten Raum verbrannt werden.

Berlin, den 3. Februar 1879.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Otto Graf zu Stolberg.

---

## Deutschland.

**Berlin**, 3. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Regierungs-Assessor Friedrich Oskar von Hasselbach zu Neidenburg zum Landrath des Kreises Neidenburg ernannt; sowie dem Kreisphysikus, Sanitäts-Rath Dr. Königsfeld zu Düren den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath verliehen.

**Berlin**, 3. Febr. [Beide Kaiserliche Majestäten] dinirten gestern bei Ihren Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin. Ihre Königlichen Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Albrecht verabschiedeten Sich von den Kaiserlichen Majestäten.

[Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute militärische Meldungen und demnächst den Vortrag des Geheimen Cabinets-Raths von Wilmowski entgegen und empfing später den Geheimen Commerzienrath Alfred Krupp.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war vorgestern in der Vorlesung des Wissenschaftlichen Vereins anwesend.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm am Sonnabend Vormittag militärische Meldungen entgegen, empfing um 12 Uhr Se. Durchlaucht den Fürsten Reuß-Köstritz und ertheilte demnächst dem Rittmeister a. D. und Mitglied des Herrenhauses von Jerin-Gesetz Audienz. Nachmittags um 4½ Uhr begab Sich Se. Kaiserliche Hoheit zum Familiendiner zu Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Albrecht und besuchte um 5 Uhr die Vorlesung des Wissenschaftlichen Vereins in der Singakademie. Abends um 7½ Uhr ertheilte Höchstderselbe dem Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg, Audienz. Gestern Mittag um 12 Uhr empfing Se. Kaiserliche Hoheit den Handelsminister Maybach und geleitete demnächst Ihre Hoheit die Prinzessin Marie von Sachsen-Meiningen bei Höchstihrer Abreise nach dem Bahnhofe. Später hatte der Geheime Commerzien-Rath Krupp eine Audienz. Nachmittags um 5 Uhr erschienen Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin zum Diner bei den Kronprinzlichen Herrschaften. (R.-Anz.)

⊙ **Berlin**, 3. Febr. [Zolltarif-Commission. — Dementi. — Der Justizausschuß des Bundesrathes über das Reichstags-Disciplinargesetz.] Es kann nach officiösen Angaben mit ziemlicher Gewißheit angenommen werden, daß im Laufe dieser Woche die Zolltarif-Commission zur dritten Plenarsitzung wird einberufen werden. Einige Blätter sprechen ihre Verwunderung darüber aus, daß der Minister Friedenthal sich an der Erörterung über die Zollfragen gar nicht betheilige; es haben jedoch zwischen den Referenten der Zolltarifs-Commission und dem Minister für Landwirthschaft sehr eingehende Besprechungen über die betreffenden Fragen stattgefunden und finden noch fortwährend statt. Der neuliche Besuch des Ministers in Friedrichsruh wird wohl nicht ohne Beziehung zu jenen Fragen gewesen sein. Auch mit den anderen betheiligten Ministerien werden die Referenten der Tarif-Commission nicht unterlassen haben in vertraulichen Verkehr zu treten. Heute Mittag um 1 Uhr fand übrigens eine Sitzung des Staatsministeriums statt. — Gleichfalls officiös wird geschrieben: Die Mittheilung eines hiesigen Blattes, daß der Chef der Admiralität v. Stosch nach Beendigung des Verfahrens in Sachen des „Großer Kurfürst" seine Entlassung nehmen wolle, wird uns als durchaus unrichtig bezeichnet. Ueberhaupt dürften Angaben über die Ergebnisse des kriegsgerichtlichen Verfahrens, wie sie bereits auftreten, voreilig sein, denn das Urtheil des Kriegsgerichts muß nach den bestehenden Vorschriften zunächst an das General-Auditoriat, von da an das Militär-Cabinet gehen, um dem Kaiser zur Bestätigung unterbreitet zu werden. — Der Ausschuß für Justizwesen des Bundesraths hat jetzt zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder einen Abänderungsvorschlag gemacht und dem Bundesrath unterbreitet. § 1. „Dem Reichstag steht eine Strafgewalt über seine Mitglieder, zu", soll den Zusatz erhalten: Wegen einer bei Ausübung ihres Berufes begangenen Ungebühr. § 2. Zusammensetzung der Commission, ist geblieben. § 3. Die Strafen, soll noch vor der dort zuerst angeführten: „dem Verweis vor versammelten Haus", als erste Strafe eine „Warnung vor versammeltem Haus" erhalten. Die übrigen Strafen bleiben, nur der Verlust der Wählbarkeit soll beseitigt werden. Die Berufung an den Strafrichter und die Aufhebung der §§ 30 und 31 der Reichs-Verfassung fallen fort und damit §§ 4 und 5. Die übrigen §§ 6—12 bleiben unverändert, erhalten aber nun die Nummern 4—10.

W. T. B. [Der Bundesrath] hielt am Sonnabend, den 1. Februar c., eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Präsidenten des Reichskanzleramtes, Staatsministers Hofmann. Nach Feststellung des Protokolls der beiden letzten Sitzungen wurden Vorlagen, betreffend a. den Entwurf wegen Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1879/80, b. die ärztliche Prüfung, c. den Entwurf eines Gesetzes über das Faustpfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldverschreibungen, den bezüglichen Ausschüssen überwiesen. Hierauf wurde Beschluß gefaßt über einen Antrag, betreffend das Pensionsverhältniß eines elsaß-lothringischen Landesbeamten. Zwei Anträge des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen, betreffend die Ausfuhrabfertigung von Zucker in Würfelform und betreffend die Feststellung des Bruttogewichts von Zucker beim Ausgange mit dem Anspruche auf Steuervergütung wurden angenommen. Auf mündlichen Bericht der betheiligten Ausschüsse wurden sodann folgende Etatsentwürfe für 1879/80 den Ausschußanträgen gemäß genehmigt, a. der Marineverwaltung; b. der Einnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern, an Spielkartenstempel und an Wechselstempelsteuer, c. der Post- und Telegraphenverwaltung, d. der Reichsjustizverwaltung, e. des Reichskanzleramts, f. des auswärtigen Amtes, g. des Reichsschatzamtes. Endlich wurden zwei Eingaben vorgelegt, nämlich eine Eingabe der Handelskammer zu Bochum, betreffend Abänderung des Wechselstempelsteuer-Gesetzes, welche dem Ausschusse für Zoll- und Steuerwesen, und eine Eingabe des deutschen Brauerbundes zu Frankfurt a. M., betreffend den Eingangszoll von Bier, welche der Zolltarif-Revisions-Commission überwiesen wurde.

[Marine.] S. M. Kanonenboot „Wolf", 4 Geschütze, Commandant Corv.-Capt. Becks, ist telegraphischer Nachricht zufolge am 2. Februar c. wohlbehalten in Singapore eingetroffen.

## Frankreich.

⊙ **Paris**, 1. Februar. [Aus beiden Kammern. — Die Wahl Gambetta's. — Herr Dufaure. — Freier Tag für die Schulen. — Diplomatisches. — Militärisches.] Im Gegensatz zu der gewaltigen Aufregung von Donnerstag herrschte gestern in Versailles die größte Ruhe. Die beiden Kammern hielten nur kurze Sitzungen. Im Senat wurde eine Interpellation Fresneau's über die Wahlvorgänge im Bezirk von Pontivy rasch abgefertigt. Der Interpellant, ein Freund des reactionären Candidaten de Mun, behauptete, daß sich der Unterpräfect von Pontivy verschiedene officielle Wahlmanöver zu Gunsten des republikanischen Candidaten habe zu Schulden kommen lassen. Die Minister de Marcère und Dufaure wiesen nach, daß diese Anschuldigung, die im Munde eines Anhängers der Regierung vom 16. Mai ziemlich sonderbar klingt, unbegründet sei. Der Senat nahm auf Verlangen der Minister mit großer Mehrheit die einfache Tagesordnung an und darauf verabschiedete er sich bis zum nächsten Donnerstag. Die Deputirtenkammer wählte unter dem Vorsitz Brisson's ihren neuen Präsidenten. Die Rechte und die äußerste Linke enthielten sich der Abstimmung. Es wurden 338 Stimmen abgegeben, von denen 314 auf Gambetta fielen. Die Kammer nahm die Verkündigung dieses Resultats mit einer Beifallssalve auf und setzte den Tag der nächsten Sitzung ebenfalls auf Donnerstag fest. Nach den rasch aufeinanderfolgenden Begebenheiten dieser Woche wird also eine kleine Pause eintreten und alle Welt wird Zeit haben, sich in den neuen Verhältnissen zurechtzufinden. Die Wahl Gambetta's zum Kammerpräsidenten ist eine wichtige Ergänzung des Wechsels im obersten Staatsamte. Indem Gambetta den Sessel einnimmt, den Grévy eben verläßt, verschließt er sich offenbar die Möglichkeit, auf der Tribüne an den künftigen politischen Discussionen Theil zu nehmen. Die Erklärung für seinen Entschluß dürfte nicht schwer zu finden sein. Gambetta hat eingesehen, daß der Regierungswechsel vom 30. Januar eine für Frankreich wie für das Ausland ganz befriedigende Bedeutung vorzüglich dadurch erhalten würde, daß Dufaure an der Spitze des Ministeriums bliebe. Um aber Dufaure noch für eine längere Zeit im Conseil zu erhalten, muß man denjenigen unschädlich machen, den von der öffentlichen Meinung als sein wahrer Nebenbuhler betrachtet wird. Gambetta macht sich selber für eine Weile unschädlich. Zugleich mag es ihm willkommen sein, der Verantwortlichkeit zu entgehen, die er auf sich laden würde, wenn er sich beharrlich weigerte, die nach dem spätern eventuellen Rücktritt Dufaure's ihm selber als dem Führer der Mehrheit zufallende Stellung in der Regierung anzunehmen. Was Dufaure thun wird, weiß man noch nicht mit Bestimmtheit. Er hegt, sagt man, den lebhaften Wunsch, sich von den Mühen seines Amtes zu erholen, aber man stellt ihm von allen Seiten so dringend vor, wieviel die neue Regierung durch sein Verbleiben zu gewinnen hätte, daß er sich doch vielleicht bestimmen lassen wird, die Leitung des Conseils fortzuführen. Die „Debats" insbesondere setzen heute auseinander, daß man Unrecht hätte, sich durch den glücklichen Anschein der Lage einschläfern zu lassen und zu glauben, daß für die nächste Zukunft alles gethan sei, weil gestern alles glücklich abgelaufen. „Die Regierungsfrage ist geregelt, sagen die „Debats" unter Andern, es bleibt noch die ministerielle Frage. Wir fürchten nicht, ihre Wichtigkeit zu überschätzen. Der Eindruck aller Verständigen ist, daß man die Erhaltung des jetzigen Ministeriums absolut wünschen muß. Wir unterstützten das Cabinet vor einigen Tagen gegen unüberlegtes Drängen. Wir hatten damals Recht. Die Ereignisse haben es bewiesen, aber wir haben heute noch in höherem Maße Recht, seine Erhaltung mit gesteigerter Energie zu verlangen. Der Präsidentenwechsel hätte uns ein paar Tage früher überraschen können und er hätte uns unter weit ungünstigeren Umständen überrascht. Wenn Herr Dufaure und seine Collegen nicht in Folge der Interpellation Senard ein Vertrauensvotum erlangt hätten, so wäre ohne Zweifel der Rücktritt des Marschalls dem ihrigen gleich gefolgt, und die Krisis, welche sich gestern so einfach löste, hätte einen ganz anderen Charakter dargeboten. Die äußere Ordnung wäre nicht gestört worden. Die Uebertragung der Gewalt hätte sich mit derselben Leichtigkeit vollzogen; aber das Gefühl Frankreichs wäre ein ganz anderes und das Urtheil des Auslandes auch nicht dasselbe gewesen. Der Nationalcongreß schuldete sicherlich Herrn Dufaure den Beifall, den er ihm in seiner Sitzung vom 30. Januar gespendet hat. Herr Dufaure hat in der That seinem Lande einen unermeßlichen Dienst geleistet, aber dieser Dienst kann nicht der letzte sein, denn alle Diejenigen, die bei dem Ereigniß vom 30. Januar betheiligt gewesen, haben freiwillig oder unfreiwillig Pflichten übernommen, denen sie sich nicht mehr entziehen können. — Das „Amtsblatt" bringt heute eine Verfügung des Unterrichtsministers Bardoux, wonach alle Lyceen und Collegien von Frankreich zur Feier der Wahl eines neuen Präsidenten der Republik ihren Schülern einen freien Tag zu vergönnen haben. — Fürst Hohenlohe ist gestern aus Deutschland hier eingetroffen und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen. Der russische Botschafter Fürst Orloff hat eine Reise, die er nach Brüssel machen wollte, um einige Tage verschoben. Fürst Orloff war in der Sitzung des Congresses vom 30. Januar zugegen. Man erzählt, daß er dabei ausgerufen habe: „Nous assistons à un spectacle magnifique." Die Befehlshaber der 18 Armeecorps, die hier zu ihrer Jahresconferenz versammelt waren, haben am 30., Abends, vom Kriegsminister Gresley den Befehl erhalten, sich sofort in ihre Garnisonsstädte zu begeben.

## Rußland.

**St. Petersburg**, 30. Januar. [Ueber die Pest] sind heute nachstehende officielle Telegramme vom 29. Januar veröffentlicht worden:

Vom Gouverneur von Astrachan: In der Staniza Wetljanka, wie auch in den Ortschaften Prischib, Starizkoje, Nikolskoje, Udatschnoje und Michailowskoje sind Kranke nicht vorhanden. Nach dem Tode von neun Personen in der Ortschaft Sselitrennoje, gab es zum 15. Januar epidemische Kranke nicht; im Laufe des 15. erkrankten drei Personen, eine in der Ortschaft Sselitrennoje und zwei in deren Nähe. Sämmtliche Kranke waren nach Versicherung des Arztes Pogosskij mit Personen in Berührung gekommen, auf welche die Ansteckung durch die in der gestrigen Meldung erwähnten Personen der Familie Plaksin übertragen war. Bei einer sorgfältigen Untersuchung stellte es sich heraus, daß 12 Personen in directem und indirectem Verkehr mit den epidemischen Kranken gestanden hatten; diese 12 Personen wurden daher isolirt und zwei von ihnen, welche sehr nahe Berührung mit den Kranken gehabt und daher am meisten verdächtig waren, den Ansteckungsstoff in sich zu tragen, von ihren Gefährten abgesondert; vor ihre Wohnungen wurde eine strenge Wache gestellt. Außer dem Arzt Pogosskij ist in diese Gegend noch der Arzt Tichwinskij abdelegirt, um Maßnahmen zur Unterdrückung der Epidemie in der Ortschaft Sselitrennoje und auf den Vorwerken zu treffen, deren genaue ärztliche Ueberwachung besonders nothwendig ist. Diese Gegend ist jetzt hinreichend mit Heil- und Desinfectionsmitteln versorgt; auch habe ich dahin eine halbe Compagnie Soldaten behufs Verstärkung der Absperrungsposten bei Sselitrennoje und den Vorwerken abgesandt; diese Gegend ist bisher durch die Bevölkerung unter Aufsicht der Landgendarmen abgesperrt. Heute ging mir ein Telegramm des Commandirenden der Truppen des Kasan'schen Militär-Bezirks zu, welches meldet, daß die Ober-Verwaltung der irregulären Truppen angeordnet hat, ein Don'sches Regiment per Eisenbahn aus Charkow nach Zarizyn zu transportiren. Bis zum Eintreffen des Regiments, was viel Zeit in Anspruch nehmen wird, werde ich die auf Anordnung des Commandirenden der Truppen zusammengezogenen Kosaken des Astrachan'schen Kosaken-Heeres benutzen und die Quarantäne-Linie abgrenzen, welche von Kosakenpikets bewacht werden wird, die an bestimmten Punkten zur Isolirung der unter Quarantäne-Maßregeln gestellten Gegend von den umliegenden gesunden Orten aufgestellt sind. In den Kreisen Tschernyj-Jar und Jenotajewsk herrscht eine Kälte von 10 Grad.

Vom Gouverneur von Ssaratow, aus Zarizyn: Auf der Reise von Ssaratow nach Zarizyn passirte ich längs dem Ufer die Stadt Kamyschin und den Possad Dubowka. Sowohl in dieser Stadt als in dem Possad sind Sanitäts-Maßregeln ergriffen. In Folge von Duma-Beschlüssen sind mit localen Mitteln Observations-Posten errichtet, welche beordert sind, zu verhindern, daß Fuhren vom linken Ufer aus den inficirten Gegenden des Gouvernements Astrachan ihren Weg weiter fortsetzen. Die Ufer-Ortschaften sind mit Desinfectionsmitteln versehen. Die Zarizyn'sche städtische Sanitäts-Commission setzt ihre Thätigkeit eifrig fort; eine ähnliche Commission im Kreise hat die Aufgabe, alle Grenz-Ortschaften zu besuchen; sowohl auf der Sarepta'schen Linie, als auch um Zarizyn werden die ergriffenen Vorsichtsmaßregeln ohne Zweifel ihren Zweck erreichen. Dazu ist jedoch eine schnelle Herstellung der von mir vorgezeichneten Linie von Zarizyn jenseits der Wolga nach Werchne-Achtubinsk nothwendig. Die Verwirklichung dieser Linie, welche alle von den Wolga-Niederungen oberhalb hinführenden Wege durchschneiden soll, muß besonderen Nutzen bringen. Schon der bezügliche Vorschlag beruhigt die Bevölkerung, welche durch die Erkrankungsfälle in Sselitrennoje, das auf dem linken Ufer gelegen ist, einigermaßen beunruhigt war. Auf Grund Ihres Telegrammes setzte ich mich mit dem Gouverneur von Astrachan in Relation. Gestern machte ich ihm die gewünschten Mittheilungen und warte auf Antwort, um meinerseits dann die schon definitiv vorbereiteten Anordnungen zu treffen. Die Eisenbahn-Commission, welche hier war, hat Maßregeln für den Fall des Herannahens der Seuche ausgearbeitet. Eine ähnliche rechtzeitige Vorbereitung der nöthigen Maßregeln ist auch in Betreff der Wolga nothwendig für den Fall, daß die Krankheit vor dem Aufgehen des Stromes ihren epidemischen Charakter nicht verliert. Hier geht der Strom im März auf und am 20. beginnt dann die Schifffahrt. Diese Frage wurde gestern im Comite der öffentlichen Gesundheitspflege berathen.

---

# Provinzial-Zeitung.

H. **Breslau**, 4. Febr. [Liberale Wählerversammlung.] Die von dem Central-Wahl-Comite der vereinigten liberalen Parteien am 3. d. nach dem Liebich'schen Saale einberufene Versammlung der liberalen Wähler hatte, wie bereits erwähnt, den Saal in allen seinen Theilen dicht gefüllt; die Gallerien waren vollkommen besetzt, auch der kleine angrenzende Saal wurde von den im Ganzen sicher mehr als 3000 Zuhörern in Anspruch genommen. Der sorgsamen, am Eingange geübten Controle war es gelungen, die socialdemokratischen Elemente, welche auch diese Versammlung als Hospitanten zu beehren beabsichtigten, am Betreten des Saales zu verhindern, so daß dieselben nur außerhalb desselben ihrer Indignation über die gegen sie geübten Hausrechts-Präventiv-Maßregeln Luft zu machen im Stande waren. Dank der seitens des Vorstandes geübten Vorsicht verlief die Versammlung ohne die mindeste Störung.

Professor Röpell eröffnete im Auftrage des Central-Wahl-Comites die Versammlung. Er drückte seine Freude über die so außerordentlich lebhafte Theilnahme aus und bat Alle, ihm ihre Unterstützungen darin zu Theil zu lassen, daß die Versammlung einen ruhigen und friedlichen Verlauf nehme.

Das Comite habe diese Versammlung berufen, um den Wählern Gelegenheit zu geben, den Candidaten der vereinigten liberalen Parteien, Herrn Justizrath Freund, zu hören.

Ehe Herr Professor Röpell diesem das Wort ertheilt, machte er der Versammlung noch eine Mittheilung, bei der er auf allseitiges Interesse zu rechnen glaubte.

In einer Versammlung des Neuen Wahlvereins am 31. Januar habe Professor Sommerbrodt Mittheilungen über eine Unterredung gemacht, welche zwischen Delegirten des Neuen Wahlvereins und dem Justizrath

Wachler stattgefunden. Wir haben über diese Mittheilungen des Herrn Professor Sommerbrodt s. Z. ausführlich berichtet und können dieselben als bekannt voraussetzen.

Als Geh. Justizrath Wachler, der sich gegenwärtig als Landtagsabgeordneter von Breslau in Berlin befindet, den Zeitungsbericht über jene Versammlung des Neuen Wahlvereins las, habe er ein Telegramm an den Vorstand des Wahlvereins der nationalliberalen Partei gerichtet, welches, wie wir bereits unter den Abendnachrichten erwähnt, den Anhalt hatte, daß Herr Wachler jene Besprechung mit den Delegirten des Neuen Wahlvereins und seine dabei gethanenen Aeußerungen als nur vertrauliche und sich der Veröffentlichung entziehende erklärt und mittheilt, daß er nach Erwägung aller obwaltenden Verhältnisse bei seiner Anwesenheit in Breslau dem Beschlusse des Wahlvereins der nationalliberalen Partei beigetreten sein würde.

Dieser Erklärung, bemerkt Professor Röpell, habe er kein Wort hinzuzufügen, die Sache spreche für sich selbst, und mit dieser Erklärung seien alle die Schlußfolgerungen, die der Neue Wahlverein gezogen, vollkommen hinfällig geworden.

Von lebhaftem Beifall begrüßt, nimmt hierauf der Candidat der vereinigten liberalen Parteien, Justizrath Freund, das Wort. Die wesentlichsten Punkte seiner von der lebhaftesten Zustimmung der Zuhörer begleiteten Rede seien in nachstehender gedrängter Skizze wiedergegeben.

Nicht eigene Neigung. sondern der Wunsch der Partei habe ihm die Aufgabe gesetzt, sich die Frage zu stellen, ob er die Verantwortlichkeit übernehmen dürfte, in schwerer Zeit aus persönlichen Beweggründen oder was immer für Motiven ein Mandat abzulehnen, von dessen Annahme die Einigung der beiden liberalen Parteien abhängig geworden sei. Unsere ganze politische Lage dränge dahin, daß die liberalen Parteien aller Schattirungen sich auch das prüfen, was ihnen gemeinsam sei und nicht auch das, was sie scheidet. Da er bereits die Ehre habe, Breslau als Abgeordneter im Landtage zu vertreten, dem er als Mitglied der Fortschrittspartei angehöre und somit der Versammlung kein Neuling sei, so glaube er der Aufgabe überhoben zu sein, heut sein politisches Programm zu entwickeln. Mehr als irgend je erfordere die gegenwärtige Lage ein Zusammenstehen der liberalen Parteien auf dem ihnen gemeinsamen Boden. Gemeinsam sei in erster Reihe den liberalen Parteien die volle und treue Hingabe an das neu erstandene Deutsche Reich, das an keine Tradition bureaukratischer noch absolutistischer Tendenz gebunden, auf das constitutionelle Element eines aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Parlaments gegründet und auf Grundlage dieser constitutionellen Verfassung des Ausbaus bedürftig sei. Dieser Ausbau sei nach zwei Richtungen hin nothwendig, nach der Richtung der Erstarkung der Reichsgewalt und nach der der Erstarkung des parlamentarischen Einflusses. Die Forderung verantwortlicher Reichsministerien sei von jeher eine gemeinschaftliche Forderung beider liberalen Schattirungen gewesen. Was die Befugnisse des Parlaments anlange, so seien dieselbe durch eine jetzt allerdings erst in Gestalt eines Vorschlags auftretende Maßregel, welche die Gestaltung und Bedeutung des Parlaments und somit die Bedeutung der Theilnahme des deutschen Volks an den Geschäften des Deutschen Reiches schwer bedrohe, gefährdet. Dieser Gesetzesvorschlag involvire einen schweren Angriff gegen die Befugnisse des Reichstages, da er sich gleichzeitig gegen die Redefreiheit, gegen die Oeffentlichkeit der Verhandlungen und das Recht des Parlaments, sein Hausrecht selbst festzusetzen, richte. Ein Parlament, dem diese Befugnisse genommen seien, sei überhaupt kein Parlament mehr. In der Vorlage dieses Gesetzentwurfs erblickt Redner einen schweren Angriff auf die Würde des Parlaments und in der Möglichkeit seiner Annahme eine ernste Gefahr für das Deutsche Reich. Er gedenkt der Beurtheilung des Entwurfs im preußischen Landtage, dessen Competenz zu einem solchen Urtheil allerdings angezweifelt wurde, der aber zu demselben durch die Erwägung vollkommen berechtigt war, daß auch gegen seine Verfassung ein gleicher Angriff versucht werden könne. Wenn auch in anderer Form, so doch in gleicher Richtung sei dieselbe Entscheidung in Baiern getroffen worden, wo alle Parteien der Landesvertretung im vollkommenen Einverständniß mit der Regierung sich gegen diesen Gesetzesvorschlag erklärt. Diese Frage habe insofern auch in nationaler Bedeutung eine ungeheuere Tragweite, als sie die mühsam hergestellte Rechtseinheit von Nord und Süd zu zerreißen drohe. Redner glaubt nicht erst versichern zu müssen, daß er gegen den Entwurf, falls derselbe den Reichstag beschäftigen sollte, mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpfen werde und glaubt, daß in diesem Punkte die beiden liberalen Fractionen sicher nicht auseinander gehen würden. Ganz ähnlich verhalte es sich mit den Projecten, die von Friedrichsruh aus bezüglich der Finanz- und Steuer-Reform an den Bundesrath gelangt seien. Logisch und klar, wie in allen Fragen unterscheide die Fortschrittspartei genau die Begriffe „Finanz- und Wirthschafts-Politik“. Steuerreform und Steuererhöhung seien etwas wesentlich Verschiedenes. Redner gedenkt der bekannten Wahl-Broschüre Eugen Richters „200 Millionen neuer Steuern“, welche der Confiscation unterlag. Später habe sich herausgestellt, daß die Summe der durch die Steuerreform erzielten Steuererhöhung sich nicht auf 200 Millionen, sondern auf 250 Millionen und wahrscheinlich noch mehr belaufe. Alle Parteien, mit Ausnahme der Conservativen — und dies sei der Grund, warum die Versammlung auch keinen Conservativen wählen werde — betrachten es als ihre Aufgabe, gegen eine Steuererhöhung zu stimmen, da nicht jede Zeit, am wenigsten die gegenwärtige, erlaube, den Staatsbürgern größere Lasten aufzulegen. Die Fortschrittspartei habe es als ihre Aufgabe betrachtet und sie habe dabei alle Mühe angewendet, ein Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben herzustellen und ein Deficit zu vermeiden. In Preußen sei die Finanzlage gegenwärtig weniger günstig. Ein Deficit lasse sich nicht vermeiden, dasselbe sei aber keineswegs so groß, daß es die totale Umwälzung unseres ganzen Steuersystems nothwendig mache. Es betrage etwa 60 bis 70 Millionen und sei etwa zur Hälfte durch außerordentliche in Folge der neuen Justiz-Reorganisation nothwendig gewordene, in 100 Jahren nicht wiederkehrende Bauten entstanden. Eine fernere Summe von 20 Millionen sei als ein eigentliches Deficit nicht zu betrachten, da es zur Zahlung von Staatsschulden diene. Jedenfalls sei das Deficit nicht so bedeutend, um eine so durchgreifende Veränderung des Steuersystems zu rechtfertigen.

Was die als Agitationsmittel gegen die Fortschrittspartei vielfach benützte Behauptung betreffe, daß die Fortschrittspartei nur directe Steuern wolle und daß es ihr, wie ein Redner des Neuen Wahlvereins erklärte, vor indirecten Steuern grusele, so sei diese Behauptung einfach unwahr, denn es gäbe schon heute indirecte Steuern genug, deren Aufhebung die Fortschrittspartei in keiner Weise verlange. Im Allgemeinen sei die Fortschrittspartei ein Feind der indirecten Steuern, da es sich nicht leugnen lasse, daß dieselben in wirthschaftlicher und politischer Beziehung ihre peinliche und unangenehme Seite haben. Sie drücken am schwersten gerade die untersten Klassen und lassen sich in ihren Erträgen nicht so genau controliren, wie dies im Staatsleben nothwendig sei; sie erzeugen die Gefahr, daß aus größeren Einnahmen auch größere Ausgaben erwachsen und daß, während die Einnahmen des Staatshaushaltes nach den nothwendigen Ausgaben zu bemessen seien, mit den wachsenden Einnahmen auch die Ausgaben wachsen und daß sich bei Festhaltung dieser erhöhten Ausgabe in Zeiten wirthschaftlichen Niedergangs, in denen die Einnahmen spärlicher fließen, zu Steuererhöhung geschritten wird. Anders wie beim Staat sei die Frage der indirecten Besteuerung bei der Gemeinde. Wenn es sich auch hier nicht verhüten lasse, daß die indirecte Steuer nicht alle gleichmäßig trifft, so sei in der Gemeinde doch eine genaue und sorgsame Controle der Ausgabe leichter möglich, ein Jeder könne sich leicht von der Verwendung der Gelder überzeugen, er empfinde die Wohlthaten der mit Hilfe derselben geschaffenen communalen Einrichtungen, wie Gas- und Wasserleitung rc., und überzeuge sich leicht, daß er, indem ihm unentgeltlicher Schulunterricht geboten wird, mehr bekomme, als er giebt.

Was unsere Finanzlage anlangt, so sei namentlich Eins nicht zu übersehen. Auf vielen Gebieten sei der preußische Staat selbst der größte Gewerbtreibende. Der Eisenbahnbesitz des preußischen Staats repräsentire den Werth von 1½ Milliarden, sein Bergwerksbesitz sei ein so umfangreicher, daß sich sein Werth kaum schätzen lasse, der Besitz an Domänen und Forsten ein so bedeutender, daß der Staat in der Lage ist, als der größte Holzhändler aufzutreten. Wenn man nun wirklich erfahre, daß der Staat als Bergbautreibender, als Holzhändler, als Eisenbahn-Unternehmer bei der Ungunst der Zeit etwas weniger eingenommen hat, als sonst, so sei dies bedauerlich, aber erklärlich. Jedenfalls sei der dadurch entstehende Ausfall nicht so erheblich, um eine Umwälzung aller Steuern herbeizuführen und eine Steuerreform zu begründen, die auf nichts anderes hinausläuft, als auf eine Steuererhöhung.

Des Weiteren beleuchtet der Redner eingehend die auf die Wirthschaftsreform zielenden Vorschläge des Reichskanzlers. Er glaubt, daß man mit Unrecht die Ursachen des wirthschaftlichen Niederganges der letzten Jahre in unserem Zolltarife suche. Er weist darauf hin, daß auch in Staaten, in welchen das entgegengesetzte Steuersystem herrsche, sich dieselben Folgen wirthschaftlichen Niederganges bemerkbar machen, nur mit dem Unterschiede, daß ein wirthschaftlicher Niedergang in einem Lande, in dem der Schutzzoll herrsche, ein vollständiger sei, während derselbe in einem Lande mit freihändlerischen Grundsätzen, in dem ein gewisser Nationalwohlstand angehäuft sei, nur eine vorübergehende Schädigung hervorzurufen pflege. Was die Handelsverträge mit den Nachbarn anlangt, so müßten dieselben nach besonderer Einsicht in die Verhältnisse geprüft werden. Redner erklärt, weder ein geschworener Freihändler, noch ein geschworener Schutzzöllner zu sein; darüber könne aber kein Zweifel obwalten, daß wir uns nicht durch eine chinesische Mauer abschließen können und daß Projecte, die auf eine Besteuerung der nothwendigsten Lebensmittel abzielen, unbedingt zu verwerfen seien. Ueber letzteren Punkt glaubt Redner kein Wort verlieren zu dürfen, nachdem die städtischen Behörden den Beschluß gefaßt, sich mit einer Petition wegen der Ablehnung der Kornzölle an den Reichstag zu wenden. Projecte, welche bezüglich der Besteuerung Alles über einen Leisten schlagen, seien entschieden zu verwerfen, namentlich sei es auch nicht der Kampf an sich, sondern die Kampfesweise, die uns mit höchstem Mißtrauen erfüllen müsse. Dieser künstlich erzeugte Kampf der einen Interessenten gegen die anderen gereiche weder der einzelnen Industrie, noch dem Vaterlande zum Segen, er wirke sittlich und politisch ruinirend, er zerstöre die Idee des Staates, indem er denselben zu einem Topfe mache, aus dem jeder seine Privat-Vortheile nehmen könne, während der Staat nur Jedem das geben könne, was er auch dem andern giebt.

Die reine Staats-Idee verlange es, daß der Staat Gemeingut Aller ist, daß er Allen gleichen Schutz und gleiches Recht, gleiches Licht und gleichen Schatten gewähre, es sei nicht möglich, daß er Jemandem etwas Besonderes gebe, ohne dies dem Andern zu nehmen. Es sei ein altes Wort, daß dafür gesorgt ist, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, Niemand habe sich gefunden, der die Pläne des Reichskanzlers ausgeführt hätte. Alle die Männer, die unser Staatswesen mit hervorragendem Talent und anerkanntem Erfolg geleitet, sie seien vom Schauplatz abgetreten, ohne daß man Ersatz für sie gefunden, Delbrück und Camphausen seien der Laune jener Projecte zum Opfer geworden. Es sei die gemeinsame Anschauung der beiden liberalen Parteien die Verdienste des großen Staatsmannes um die Gründung des Deutschen Reiches und um die Vertretung desselben in auswärtigen Angelegenheiten dankbar anzuerkennen und so hoch zu schätzen, wie die Geschichte nur jemals Einzelverdienste geschätzt habe, aber in dieser Anerkennung gäbe es eine Grenze. Wenn man sähe, wie Probleme auf Probleme gehäuft werden, wenn für eine unter Mitwirkung der liberalen Parteien zu Stande gekommene Gesetzgebung die liberale Partei allein verantwortlich gemacht und diese Gesetzgebung als verderblich erklärt wird, wenn eine in unserem engeren Vaterlande begonnene großartige Verwaltungs-Reorganisation mitten in ihrem Ausbau auf einen Wink des Reichskanzlers seit 3 Jahren sistirt, als Ruine dasteht und durch die Regierungspresse discreditirt wird, wenn in gegenwärtiger bedrängter Finanzlage das Reichseisenbahnproject vorgeführt und der Ankauf gerade der am wenigsten rentablen Bahn empfohlen und bewirkt wird, dann habe der Einzelne wohl die Verpflichtung, sich in großer Bescheidenheit zu benehmen, und es sei immer ein Wagniß, große Verdienste zu beeinträchtigen. Was dem Einzelnen nicht gestattet sei, das werde aber Pflicht für die Vertretung des gesammten deutschen Volkes. Dieser Pflicht gemeinschaftlicher Opposition werden sich die liberalen Parteien bewußt bleiben und man könne sich der Hoffnung nicht verschlagen, daß auch dem großen Staatsmanne gegenüber diese Macht ihren Einfluß nicht verfehlen werde. Dies seien die wesentlichsten Fragen, denen gegenüber Redner seine Stellung entwickeln wollte.

Zum Schluß möge ihm noch eine Betrachtung gestattet sein. Im öffentlichen Leben könne man Nichts leisten, ohne die volle Hingebung an den Staatsgedanken, ohne treue Liebe zum Vaterlande. Eine große Zahl an sich Stimmberechtigter habe sich in unserem Rechtsstaate außerhalb des Kreises derjenigen begeben, die an dem politischen Leben theilnehmen. Weniger vielleicht die Gesammtzahl Derer, die geführt werden, als die Führer haben sich durch ihre Ansichten über den Staat und unsere Gesellschaft außerhalb des Staates gestellt. Nachdem das Ausnahmegesetz gegen die Socialdemokratie gesetzliche Wirkung erlangt, stehe die Fortschrittspartei auf dem Boden desselben, aber er (Redner) bedauere es lebhaft, daß in Folge dieses Gesetzes und seiner Ausübung eine große Partei von dem Staatsleben entfremdet worden und er hoffe, daß diese Entfremdung in Folge des Wachsthums besseren Erkenntnisses nur eine vorübergehende sein werde.

Redner schließt mit Worten des Dankes für das ihm bewiesene Vertrauen und der Versicherung, jederzeit an der Stelle, auf welche dieses Vertrauen ihn stellen dürfte, treu seine Pflicht zu erfüllen. Lang anhaltender Beifall folgte der Rede des Justizrath Freund, welchem die Versammlung auf Anregung des Vorsitzenden, Prof. Röppell in einem dreimaligen, enthusiastischen Hoch ihre Anerkennung und Sympathie bezeugte.

Hierauf nahm Herr Stadtrath Kirschner das Wort. Derselbe dankte zunächst für den lebhaften Applaus, mit dem er empfangen wurde und bezeichnete sodann die gegenwärtige Wahlbewegung als die Fortsetzung derjenigen vor 6 Monaten, bei welcher die liberalen Parteien gemeinschaftlich in den Kampf gegangen seien. Damals sei die Bekämpfung der Socialdemokratie die gemeinsame Parole gewesen, und nur in Bezug auf die Mittel für diese Bekämpfung seien die beiden liberalen Parteien auseinander gegangen. Diese wesentliche Differenz sei jetzt beseitigt. Auch das zweite Moment, welches die liberalen Parteien hätte trennen können, das Steuerreform-Project sei beseitigt. Damals sei dies Project außerordentlich schüchtern aufgetreten und schien außerordentlich lobenswerth. Die directen Steuern sollten theils erlassen, theils ermäßigt, den Communen beträchtliche Mittel für ihre Zwecke zugeführt werden, da es aber an jedem wirklich greifbaren Vorschlage fehlte, verhielten sich die liberalen Parteien den Projecten gegenüber vorsichtig und zurückhaltend. Inzwischen sei die Regierung mit drei Projecten hervorgetreten. Es seien dies das Gesetz über die Redefreiheit im Reichstage, das Tabaksmonopol und die Getreidezölle.

Redner glaubt, er könnte sich ein Eingehen auf diese Gegenstände schenken, da selbst der Candidat des Neuen Wahlvereins sich gegen sämmtliche drei Gesetzentwürfe erklärt habe. Dennoch wolle man ihm einige Worte über dieselben gönnen. Er frage zunächst, ob das Gesetz über die Redefreiheit nach Reform oder Reaction schmecke. Er erinnere an die schlimmsten Zeiten des Conflicts, an Männer, wie Twesten u. A., an jenen — unglücklichen Prozeß, in welchem das Obertribunal zum ersten Male bei der Rechtsprechung einen Unterschied zwischen Meinungen und Aeußerungen machte. (Beifall.) Und doch sei ein Unterschied zwischen jetzt und damals.

Zu jener Zeit habe man es schüchtern, durch eine angebliche Lücke in der Verfassung, auf legitimem, gesetzlichen Wege versucht, die Redefreiheit zu beschränken. Der gegenwärtige Entwurf habe diese Schüchternheit nicht. Er gehe offen und frei auf die Redefreiheit los, indem er der Volksvertretung selbst zumuthe, das wesentlichste Recht aufzugeben.

Bezüglich der wirthschaftlichen Reform höre man jetzt wenig von dem Erlaß directer Steuern, wenig von den reichen Mitteln, welche den Communen zufließen sollen; dagegen vernehme man immer ängstlicher den Ruf, daß selbst noch nicht die Mittel gefunden seien, welche erfordert werden, um das Deficit zu decken.

Und das Tabaksmonopol? Redner will sich auf die technische Seite der Frage nicht einlassen, aber doch hervorheben, daß es kaum glaublich erscheine, daß ein Project, welches selbst von den Sachverständigen der Regierung abermals und abermals verworfen, das bereits zweimal begraben sei, nicht zu Tode kommen könne. (Beifall.)

Gegen die Getreidezölle erheben selbst conservative Männer ihre Stimme.

„Wenn nun das die Projecte seien, welche vor 6 Monaten in Aussicht waren, sei da das Mißtrauen gegen diese Art von Gesetzgebung nicht berechtigt gewesen? Sei es keine Gefahr, wenn der Kaufmann nicht mehr auf Monate mit Sicherheit wisse, ob es zweckmäßig sei, Vorräthe zu sammeln, der Fabrikant, ob er auf Lager produciren, der Lieferant, ob er Lieferungen übernehmen könne? Wenn Niemand wisse, ob nicht binnen Monatsfrist die Waare, die er niedergelegt, entwerthet, das Absatzgebiet, mit dem er gerechnet, ihm durch die Gesetzgebung verschlossen sei? Es sei keine Uebertreibung, wenn man behaupte, daß diese Unsicherheit, die jetzt für einzelne Producenten schon Jahre lang dauere, allein genüge, das Aufblühen der Industrie zu verhindern. (Beifall.) Außerdem sei zu fürchten, daß in Zukunft die Ansprüche, welche die einzelnen wirthschaftlichen Zweige, wenn sie einmal nicht prosperiren, an den Staat machen werden, so groß sind, daß der Staat nicht in der Lage sein dürfte, sie zu befriedigen. Die erheblichste Gefahr bestehe aber darin, daß alle möglichen Interessenkreise gegen einander aufgehetzt werden, daß Differenzen, welche bisher zum Heile des Vaterlandes geschlummert haben, zu Vorschein kommen. Schädige nicht schon die Socialdemokratie hauptsächlich dadurch, daß sie die Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern immer und immer wieder aufzureißen versuche? Habe man nicht schon den Culturkampf, welcher einen Theil unserer Mitbürger auf eine andere Seite stelle und zum Kampfe führe? Sei es da gerathen, neue Differenzpunkte aufzudecken? Unter solchen Umständen brauche man nicht Schwarzseher zu sein, um mit Sorge in die Zukunft zu blicken.

„Ich glaube, es kommt die Zeit, wo das deutsche freisinnige Bürgerthum sich wieder erinnern wird, daß es der beste und sicherste Kämpfer für ein einiges Deutsches Reich ist, daß das freisinnige deutsche Bürgerthum für ein einiges Deutschland geschwärmt, gekämpft und gelitten hat zu einer Zeit, wo es an anderer Stelle noch für ein Verbrechen galt, auch nur daran zu denken. (Beifall.)“

In solchen Zeiten und unter solchen Umständen, meint Redner, müssen alle liberalen Parteien zusammengeben, und wenn dies der Fall, und wenn aus diesem Grunde, die hiesigen beiden liberalen Parteien beschlossen, zusammenzugehen und den Wählern gemeinsam einen Candidaten zu präsentiren, dann sei es auch selbstverständlich gewesen, daß die Fortschrittspartei den Candidaten nominirte, denn die nationalliberale Partei konnte unmöglich aus dem Unglück, das den Vertreter der Fortschrittspartei betroffen, einen Gewinn ziehen wollen.

Aus diesem Grunde heraus sei die Candidatur des Herrn Justizrath Freund hervorgegangen.

Gegenüber dieser Candidatur müsse man fragen, was die Gegner berechtige, gegen dieselbe zu sein. Seitens des Centrums sei officiell erklärt worden, daß man sich der Wahl enthalten wolle. Da sei es Sache jedes Mitgliedes dieser Partei, sich zu fragen, ob es in dem Kampfe gegen die Socialdemokratie bei Seite stehen oder sich den liberalen Parteien anschließen wolle.

Die Socialdemokraten haben nach Lage der Gesetzgebung in der letzten Zeit nicht recht zum Worte kommen können. Deshalb müsse man sich an die Reden ihrer Führer, die sie zuletzt im Parlament gehalten, und an das Auftreten der Anhänger der Socialdemokratie in den letzten Tagen erinnern. Es sei zu bezweifeln, ob die Partei sich durch dasselbe werde neue Anhänger erworben haben.

Es bleibe somit nur noch der noch immer namenlose, sogenannte Neue Wahlverein übrig. (Beifall.)

„Vielleicht werden mir, fährt Herr Stadtrath Kirschner fort, die Anhänger derselben verzeihen, wenn ich gleich mit ihnen zusammen die conservative Partei behandle. (Beifall.) Hat doch ein Wortführer der neuen Partei erst in diesen Tagen erklärt, daß die Grenzen derselben weit hinein in die Reihen der conservativen Partei reichen.“

„Nun, m. H., diese Partei und ihre Führer mühen sich noch immer mit der logischen Preisaufgabe ab, ohne Rücksicht auf die sociale Stellung der Mitglieder eine Partei zu gründen und zu erhalten; diese Partei kämpft noch immer mit nichts Anderem, als mit Phrasen, mit der Phrase: „mit den alten Parteien brechen“, „Augen und Ohren offen halten“ u. s. w. (Beifall.) Diese Gegner von Theorien und Doctrinen haben bis heutigen Tages noch keinen einzigen positiven Gedanken zu Tage gefördert (Bravo); diese Herren, in deren Programm Sie auch heute noch nichts anderes Positives finden können, als die Versicherung, die Regierung stützen zu wollen, also auch in ihren Reformprojecten, sie haben den Schmerz erleben müssen, daß ihr Candidat, der „bisher treu auf dem Boden ihres Programms gestanden“, sich gegen alle drei bisher bekannt gewordenen Projecte des Reichskanzlers ausspricht.“

„M. H.! Ich will nicht verkennen und es ist auch anderweitig schon anerkannt worden, die Partei hat in der Zwischenzeit etwas gelernt. Ihre Angriffe gegen uns sind nicht mehr so brüsk, ihre Wortführer und Heißsporne werden mehr gezügelt, man hört nichts mehr von „Wahlenmachern“, — sie sind nämlich in der Zwischenzeit die allerbesten Wahlenmacher geworden (Beifall!), man hört nichts mehr von „abgelebten Greisen“, von Tage zu Tage tritt vielmehr das Bestreben deutlicher hervor, irgend einen dieser abgelebten Greise zu sich hinüber zu ziehen. Man hört nichts mehr, und das gereicht ihnen zum Ruhme, von persönlichen Angriffen gegen unseren Candidaten, wahrscheinlich weil der gegenwärtige Candidat keinen rechten Angriffspunkt bietet, vielleicht auch, weil denjenigen Männern, die sich zu solchen Angriffen, die schließlich in der Bezeichnung „heimaths- und besitzloser Schriftsteller“ gipfelten, herbeiließen, doch die Schamröthe ins Gesicht gestiegen, als sie nun vor dem abgeschlossenen Lebensbilde standen und sahen, daß dieser Mann heimaths- und besitzlos gewesen und geblieben ist, weil er seine besten Jahre, seine Heimath und seinen Besitz in dem Kampfe für ideale Güter geopfert (Lebhaftes Bravo).

„M. H.! Wenn nun auch die Angriffe nicht mehr so brüsk sind, so sind sie doch nicht minder gefährlich und zu bekämpfen.

„M. H.! Die Person des Candidaten wird nicht mehr angegriffen, es muß die Partei herhalten. Der Candidat gehört der Fortschrittspartei an, folglich richten sich die Angriffe gegen diese. Nun ist es aber nicht so leicht, in Breslau die Fortschrittspartei anzugreifen, denn viele Vertreter dieser Partei sind allzugut als ruhige, besonnene, gemäßigte Männer bekannt, die man nicht so leicht als staatsfeindlich und staatsgefährlich hinstellen kann. Man muß also weiter gehen, man geht nach Berlin (Beifall). Man richtet die Angriffe gegen die sogenannte Berliner Fortschrittspartei. Und wie geschieht das? Da wird zunächst die alte Geschichte wieder aufgewärmt, und das ist charakteristisch genug für den neuen, in derselben Weise, wie es seinerzeit die conservativen Redner gethan, die Geschichte, die vielleicht nicht am gehörigen Orte und zu gehöriger Zeit erwähnt worden ist, die Geschichte von den guten und schlechten Revolutionären, die Geschichte, die ihre innere Wahrheit hat, und die unterscheidet zwischen jenem Buben Hödel, von dem Virchow ausging, und dem Oberbürgermeister von Köln, dem sogenannten rothen Becker.

„Man behauptet ferner, in dem Programm der Fortschrittspartei sei es enthalten, daß sich diese Partei absolut ablehnend verhalte gegen alle und jedes Reformproject der Regierung.

„Es ist das zwar nicht wahr, aber effectvoll.

„Ebenso wahr ist es, es sei in dem Programm enthalten, die Fortschrittspartei sei absolut und principiell gegen jede indirecte Steuer, und weil der Redner sich selbst bewußt war, man könnte das vielleicht doch nicht darin finden, so wird hinzugefügt: „Jetzt steht es zwar nicht darin, aber es könnte doch darin stehen. (Beifall.)

„Weil aber diese sachlichen Angriffe nicht genug erscheinen, so wird die Historie von dem Terrorismus und dem absoluten Regimente Richters in der Partei aufgefrischt.

„Auch das ist gar nicht richtig, denn das Statut der Fortschrittspartei zwingt Niemanden, selbst nicht in den wichtigsten Fragen, absolut mit der Partei zu stimmen. Also auch diese Behauptung ist nicht wahr, aber sie ist sehr wirksam.

„Und was Richter anlangt, so ist es zwar auch nicht richtig, daß er ein absolutes Regiment in der Partei führt, deren Vorstande er nicht einmal angehört, dieser ist zusammengesetzt aus Virchow, Hänel, Windthorst und Kloß, — aber wer kann das Alles so genau controliren? So was kann schon gesagt werden.

„Und nun noch den letzten Trumpf! Am besten würde man mit der Fortschrittspartei doch fertig werden, wenn man sie mit der Socialdemokratie zusammen in einen Topf stecken könnte, und man entschließt sich auch zu diesem Schritt. Es wird gesagt: „Wer nicht mit den Socialdemokraten und mit der Fortschrittspartei stimmen will, der stimme mit uns.“ Als wenn man nicht wüßte, daß Justizrath Freund gleichzeitig auch der Candidat der Nationalliberalen ist. Ja man erhebt sich sogar bis zu der Behauptung, die Fortschrittspartei sei die Protectorin der Socialdemokratie.

„Nun auch hier ist der Beweis für Breslau schwer, denn man weiß sehr gut, daß Mitglieder der hiesigen Fortschrittspartei vielfach den Socialdemokraten gegenüber getreten sind; ich erinnere Sie an Dr. Stein. Man weiß, daß die Socialdemokraten niemals Störungen in den Versammlungen des Neuen Wahlvereins versucht haben, sondern in den unserigen. Man muß also wieder nach Berlin gehen. Aber auch das dürfte nichts nützen, denn es ist bekannt, daß dort die Verhältnisse sich gerade so abgespielt, daß dort dieselben Erscheinungen in den Versammlungen vorgekommen sind, nur in verstärktem Maßstabe, und daß Niemand früher, praktischer und entschiedener die Socialdemokratie bekämpft hat, als das Mitglied der Fortschrittspartei, Schulze-Delitzsch, daß das Mitglied der Fortschrittspartei, Richter, von den Socialdemokraten ebenso gehaßt wird, wie von dem Neuen Wahlverein. (Beifall.)

„M. H. Ich glaube, der Redner des Neuen Wahlvereins, welcher diese Behauptungen aussprach, hat seiner Partei keinen Dienst geleistet. Das sind keine Behauptungen, die man vor verständigen und besonnenen Bürgern aufstellen darf, die in der Lage sind, zu controliren, ob das, was gesprochen wird, wahr oder unwahr ist.

„Nicht besser wie die Stellung des Neuen Wahlvereins gegenüber der Fortschrittspartei ist diejenige gegenüber den Nationalliberalen.

„Sie erinnern sich, m. H., als vor 6 Monaten nach Auflösung des Reichstages von Seiten der Regierung eine Agitation gegen die liberalen Parteien begann, war keine politische Parteigruppe, die von den Organen der Regierung mehr angegriffen wurde, als der linke Flügel der Nationalliberalen unter Lasker, Forckenbeck und Stauffenberg, und die Herren des hiesigen Neuen Wahlvereins machten es nicht anders, man machte keinen Unterschied zwischen Fortschrittspartei und nationalliberaler Partei, und es genügte, Molinari fallen zu lassen und noch in der zwölften Stunde einen eigenen Candidaten aufzustellen, die Erklärung Molinari's, er sei ein Anhänger Lasker's. Nun will es der Zufall, daß grade diese Gruppe wiederum diejenige ist, welche im Reichstage das Zünglein der Wage hält, die Regierung stellt die Angriffe ein, und — der Neue Wahlverein geht hin und thut desgleichen.

„Nach all den Angriffen, die hier gegen die nationalliberale Partei geschleudert worden sind, schreckt man nicht vor dem Schritte zurück, den Nationalliberalen eine Allianz anzubieten. Man versucht ein hervorragendes früheres Mitglied der hiesigen nationalliberalen Partei als Candidat des

…en Wahlvereins aufzustellen, und es wäre doch sehr gut, und die …ellung des Neuen Wahlvereins würde sich doch sehr klären, wenn man …führe, aus welchen Gründen Justizrath Leonhard in Berlin abge…nt hat.“

„Nach diesen Angriffen und nach diesem Refus versucht man es, die …erson Wachlers für sich als Autorität in die Wagschale zu werfen. Sie …aben gehört, daß er keine Gemeinschaft mit dem Neuen Wahlverein …aben will.

„Ich schlage Ihnen, Herr Professor Sommerbrodt, vor, zu erwägen, in die eine Wagschale werfen wir das Urtheil des hochangesehenen, altbewährten, gemäßigten Vertheidigers des freisinnigen Bürgerthums, Herrn Geh. Justizrath Dr. Wachler, und in die andere das Selbstbewußtsein des Herrn Professor Sommerbrodt. (Lebhafter Beifall.) Ich fürchte, die eine Wagschale schnellt so in die Höhe, daß der Herr Professor es kaum verträgt. (Bravo.) Die Führer des Neuen Wahlvereins könnten eigentlich doch wissen, daß, so lange sie in dieser Parteibildung verharren, so lange sie bei dieser Parteitactik bleiben und solche Reden sich gefallen lassen, kein wahrhaft liberaler Mann sich mit einem Mitgliede des Neuen Wahlvereins zu gemeinsamer Arbeit an einen Tisch setzen und mit seinem Namen die Fehler decken wird, die sie bisher gemacht haben. (Bravo.)

„Und wie Dr. Wachler, so denkt auch die nationalliberale Partei. Die Männer derselben müßten doch von ganz anderem Schrot und Korn sein, wenn sie sich dazu hätten herbeilassen sollen, mit denen heut gemeinschaftliche Sache zu machen, die vor 6 Monaten nicht ihre Tendenzen und Bestrebungen, sondern ihre Personen selbst zum Gegenstande von Schmähungen gemacht haben.

„Die nationalliberale Partei ist eine praktische Partei. Sie hat wiederholt gezeigt, daß sie es versteht, heute mit der Fortschrittspartei zu gehen und morgen sie zu bekämpfen. Aber mit dem Neuen Wahlverein konnte sie sich doch unmöglich einlassen.

„M. H.! Ja, es hat bereits eine „Solostimme“ und zwar eine sehr wohltönende gerufen, einem wahrhaft Liberalen stehe das nicht wohl an. Ich denke, gaben wir den Chor dazu, dadurch, daß wir morgen recht volltönend unsere Stimme für Freund abgeben.

„M. H.! Ich sage das nicht, um zu verdunkeln, sondern um Klarheit und Wahrheit zu schaffen gegenüber einem Vereine, der nach den Erklärungen seines eigenen Vaters gegründet worden ist, um alle liberal-conservativen Elemente, um Fortschrittler, Nationalliberale und Conservative, in sich aufzunehmen, — man hat zwar noch keinen Nationalliberalen oder Fortschrittler, der zu dem Vereine gekommen wäre, wirklich lebend zeigen können —, um Klarheit zu schaffen über einen Verein, bei welchem in einer und derselben Versammlung von dem einen Redner erklärt wurde, die Candidatur eines Fortschrittsmannes sei einfach indiscutabel, und von einem andern, man hätte selbst einen Fortschrittsmann wählen können, wenn es nur ein Breslauer und kein Berliner gewesen wäre, — um Klarheit zu schaffen über eine Partei, die obwohl das „Märchen von der Stimmenzersplitterung“ eine traurige Wahrheit geworden, noch heute nicht davon absteht, die Socialdemokraten zu unterstützen, über eine Partei, die noch immer nicht den Ausspruch ihres Führers befolgt, es sei keine Schande zu irren, wohl aber eine Schande im Irrthum zu verharren (Beifall).

„M. H.! Nun führe ich Sie noch einmal 6 Monate zurück. Stellen Sie sich jenen Abend vor Augen, an welchem sich das Märchen von der Stimmenzersplitterung als traurige Wahrheit herausstellte, jenen Abend, als die tobende Menge der Socialdemokraten als Sieger die Straßen Breslau's durchzog, als der Telegraph es überall hintrug, daß die zweite Hauptstadt des preußischen Staates in Zukunft wenigstens in einem Theile von einem Socialdemokraten vertreten sein würde.

„M. H. Wenn man an den Tagen nachher einen Anhänger des Neuen Wahlvereins traf, wenn es nicht gerade ein Führer war, da gestand er wohl ein: „Ich bin irre geleitet worden. Wenn ich gewußt hätte, daß das Märchen kein Märchen ist, daß es so kommen würde, ich hätte mich nicht im Kampfe gegen die Socialdemokratie von meinen Mitbürgern getrennt.

„M. H.! Die Situation ist heut nicht besser, sie ist ernster. Damals konnte man sich trösten, daß wir doch wenigstens in einem Theile der Stadt gemeinschaftlich einen Liberalen durchgebracht. Heute steht die Frage, ob Breslau, ob die gesammte Stadt in Zukunft von Socialdemokraten vertreten werden soll. Damals konnte man sich trösten in der Hoffnung, die Gesetzgebung werde die Mittel und Wege geben, um in Zukunft solche Wahlen unmöglich zu machen. Heute steht die Frage: „Ist die Socialdemokratie in Breslau, obwohl die Gesetzgebung die Wege, die nothwendig sind, eingeschlagen hat, noch eine mächtige Partei?

„Dieser schwierigen Situation gegenüber versetzen Sie sich in die Aufregung, in den Widerwillen, den man bereits gehabt hat gegen den Neuen Wahlverein, und aus dieser Stimmung heraus geben Sie morgen alle Ihre Stimme ab. Lassen Sie sich ganz durchdringen von dem Gedanken, daß es am morgenden Tage sich um die Existenzfrage des freien deutschen Bürgerthums, um Ordnung und Sitte handelt.

„M. H. Aus diesem Gefühl heraus gehen Sie an die Wahlurne, und wir werden siegen, wir werden in einem Kampfe zwei Gegner schlagen!“

Rauschender, lang anhaltender Beifall folgte dieser Rede.

Mit der Mahnung, daß Jeder seine Schuldigkeit thun möge, denn es werde an jeder Stimme gelegen sein, schloß sodann der Vorsitzende die Versammlung.

—r. **Breslau**, 30. Januar. [Südwestlicher Bezirksverein der Schweidnitzer Vorstadt.] Die gestrige allgemeine Versammlung, welche im kleinen Saale der neuen Börse abgehalten wurde, eröffnete der Vorsitzende, Stadtverordnete Wehlau, welcher zunächst in ehrenden Worten der Amtsführung des bisherigen Vorsitzenden, Herrn Juwelier Markfeldt, gedachte. Die Versammlung sprach Letzterem ihren Dank für die bisherige Leitung des Vereins durch Erheben von den Plätzen aus. Sodann theilte der Vorsitzende mit, daß sich der Vorstand des Vereins constituirt habe. Derselbe besteht aus den Herren: Stadtverordneter Wehlau, Vorsitzender, Dr. Pannes, stellvertretender Vorsitzender, Hanisch und Dr. Köbner, Schriftführer, Trelenberg, Kassirer, und Grosser, Controleur. Der Vorsitzende machte sodann noch Mittheilungen, welche innere Vereins-Angelegenheiten, die Petition wegen des neuen Gymnasiums und den Entwurf einer Geschäftsordnung für die Vereinssitzungen betrafen. Nach diesen Mittheilungen ertheilte der Vorsitzende Herrn Dr. med. Reich das Wort zu einem sehr interessanten und belehrenden Vortrage, welcher, an die gegenwärtig in Rußland ausgebrochene Pest anknüpfend, sich über das Wesen der Epidemie und ihre Bekämpfung in alter und neuer Zeit eingehend verbreitete. Hinweisend auf die von den betheiligten Regierungen getroffenen Maßregeln welche einer etwaigen Weiterverbreitung der Pest entgegentreten sollen, warf der Vortragende die Frage auf: „Sind Quarantaine und Absperrungsmaßregeln die geeigneten Mittel, um die Weiterverbreitung einer Epidemie zu verhindern?“ Im Vergleich zu früheren Zeiten, wo man mit ganz ungeeigneten Mitteln Epidemien zu bekämpfen suchte, stehe man jetzt, mit ganz anderen Mitteln ausgerüstet, denselben gegenüber. Mit der wachsenden Kenntniß des Wesens und der Ursachen der Epidemien, habe man auch Waffen gegen dieselben gefunden. Dies gelte besonders von den Infectionskrankheiten, welche aus den allerkleinsten, nur mikroskopischen Organismen entstehen. Redner geht hierbei näher auf diese Krankheitserscheinungen ein, von denen man drei Arten unterscheidet. Man kennt nämlich miasmatische Infectionskrankheiten, wie Wechselfieber, contagiöse, wie Masern, Scharlach u. s. w., und schließlich miasmatisch-contagiöse, wie die Pest. Letztere entsteht indirect durch die Transportmittel des menschlichen Verkehrs und alle antihygienischen Verhältnisse. — Eingehend auf die Symptome der Pest bezeichnete der Vortragende als solche: größte, unüberwindliche, körperliche und geistige Schwäche, lallende Sprache und taumelnden Gang. Später tritt Fieber mit unersättlichem, quälenden Durst ein, schließlich typhöser Zustand. Nach einigen Tagen zeigen sich Bubonen, manchmal sehr klein, manchmal wiederum sehr groß. Gehen diese in Brand über, so tritt der Tod ein. Sehr oft vollzieht sich der ganze Krankheitsprozeß mit großer Schnelligkeit. Die fürchterliche Pest, „der schwarze Tod“, rafft 70—90 Procent der Bevölkerung hin. — Redner ging sodann näher auf die Mittel ein, mit denen man in früheren Zeiten diese schreckliche Epidemie zu bekämpfen suchte. Die wenigen Maßregeln, die man zu treffen wußte, bestanden in Luftreinigung durch Feuer und in allerhand Räucherungen; gewöhnlich erst zu spät suchte man das Uebel durch Absperrungsmaßregeln zu bekämpfen. Die vollständige Verzweiflung schuf die Geißlerfahrten und die Judenverfolgungen. — Die neuere Zeit sucht sich hauptsächlich durch die Hygiene zu schützen; man reinigt die Luft, verbessert das Wasser und macht die Transportmittel, welche die Weiterverbreitung bewirken können, unbrauchbar. Hauptsächlich muß jedoch bei drohenden Epidemien die allgemeine Wohlthätigkeit und Humanität eintreten. Vor Allem müssen Quarantaine und Absperrungsmaßregeln gewissenhaft durchgeführt werden. — Dem Schlusse des höchst interessanten Vortrages folgte allgemeiner Beifall; die Versammlung stattete Herrn Dr. Reich ihren Dank durch Erheben von den Plätzen ab. — Den dritten Punkt der Tagesordnung bildete ein Antrag des Vorstandes, betreffend die Bildung einer Agitations-Commission. Die Thätigkeit dieser Commission soll dem Vereine neue Mitglieder zuführen. Nach längerer Debatte über die Art und Weise der Agitation meldeten sich viele Mitglieder, um in der festgesetzten Weise für die Vermehrung der Mitgliederzahl des Vereins zu wirken. — Nachdem noch einige communale Angelegenheiten besprochen worden und nach Erledigung einer im Fragekasten vorgefundenen Frage schloß der Vorsitzende die Versammlung.

☿ **Breslau**, 3. Febr. [Schwurgericht. — Straßenraub.] Heut Vormittag 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende des Schwurgerichts, Herr Stadtgerichtsrath Dessmann, die zweite Schwurgerichtsperiode. Den Gerichtshof bilden außer dem Vorsitzenden die Herrn Stadtgerichtsräthe Müller, Schröter I., Lühe und Kuchendorff, als Beisitzer.

Als Staatsanwalt fungirt in heutiger Sitzung der erste Staatsanwalt des Königlichen Stadtgerichts, Herr von Rosenberg, Official-Anwalt ist Herr Rechtsanwalt Fraustädter.

Zuerst tritt unter der Anklage des „Straßenraubes“ der Bergmann und Fleischergeselle Medardus Waglarcz alias Wonglorcz aus Ruda vor die Herren Geschworenen. W. ist 24 Jahre alt und bereits 3 Mal wegen einfachen Diebstahls bestraft. Er bestreitet, sich des Straßenraubes schuldig gemacht zu haben. Die Geschworenen gewinnen jedoch, trotzdem der Hauptbelastungszeuge — der Beraubte — zum heutigen Termine nicht erschienen war, aus der übrigen Beweisaufnahme die Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten. Unter Zubilligung mildernder Umstände wird W. zu 2 Jahren Gefängniß unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft und zu 2 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

—ch. **Görlitz**, 1. Febr. [Kirchliches. — Gustav-Adolph-Verein. — Gewerbeschule.] Dem „Evangelischen Kirchenblatt“ zufolge betrug die Zahl der hier aus rein evangelischen Ehen lebend geborenen Kinder 1395, die Zahl der von evangelischen Müttern lebend geborenen unehelichen Kinder 111 und die Zahl der aus evangelischen Mischehen (Vater evangelisch) lebend geborenen Kinder 79, dies ergiebt eine Gesammtzahl von 1585 lebenden Geburten. Taufen haben im Jahre 1878 stattgefunden 1467. Der Rest von 118 Ungetauften ist zum bei Weitem größten Theile in den ersten Tagen oder Wochen verstorben, so daß die Zahl der ohne Taufe heranwachsenden eine verschwindend kleine sein wird. In demselben Zeitraume betrug hier die Zahl der rein evangelischen Eheschließungen 314 und die Zahl der zu einem Theile katholischen 64, zusammen also 378 bürgerliche Eheschließungen. Von diesen wurden hier in den evangelischen Kirchen getraut 192 Paare, und in der katholischen Kirche 7 Paare, zusammen also kirchlich getraut 199 Paare. Nehmen wir an, daß einzelne Paare sich noch haben am Orte ihres ersten ehelichen Wohnsitzes kirchlich trauen lassen, so bleiben doch ungefähr 170 Ehepaare, welche auf den kirchlichen Segen verzichtet haben. Ob die Aufhebung der Stolgebühren für den Normalact darin eine Aenderung herbeiführen wird, steht noch dahin. — Der Gustav-Adolph-Verein hat hier trotz wiederholter Anregungen in der Presse noch immer nur verhältnißmäßig geringe Betheiligung gefunden. Um das Interesse für denselben anzuregen, haben es einige Geistliche übernommen, unentgeltliche Vorträge im Saale des evangelischen Vereinshauses zu halten. Primarius Schultze wird über die Wirksamkeit der Geistlichen in der Diaspora, Diakonus Schönwälder über Savonarola, Pastor Brase aus Hennersdorf über das Evangelium in Italien und Oberpfarrer Mende aus Seidenberg über eine Umschau vom Schwedenstein an den nächsten vier Sonntagen sprechen. — Ueber das Schicksal unserer Gewerbeschule scheint noch kein Entschluß gefaßt zu sein. Obwohl die Zahl der einheimischen Schüler im letzten Schuljahre nur noch 25 betrug und neben der als höhere Bürgerschule organisirten Knabenmittelschule, der Realschule 1. Ordnung und dem Gymnasium eine vierte Schule noch auf Jahre hinaus keine Aussicht hat zu prosperiren, weil dazu Görlitz weder groß, noch wohlhabend genug ist, hält man doch in einzelnen Kreisen krampfhaft an dem Gedanken fest, auch das neueste Experiment müsse von Görlitz mit durchgemacht werden, weil sich die Stadt sonst möglicherweise für die Zukunft die Beihilfe des Staates verscherzen könnte. Auch die Ansicht hat ihre Vertreter, daß es ein Unrecht sei, auf Geld zu verzichten, das man vom Staate als Zuschuß erhalten könne, weil schließlich das Geld doch in der einen oder der anderen Weise der Stadt oder doch der Bürgerschaft zu gute komme. Hätte die Stadt Geld übrig, so wäre gegen ein Compagnie-Geschäft mit dem Staate, bei dem es von vornherein auf erhebliche Zuschüsse aus dem Stadtsäckel angelegt ist, nichts zu sagen; aber seit Jahren sind unsere Schulverhältnisse völlig unsicher geworden, weil Magistrat und Stadtverordnete durchaus sparen wollen. Mit den 15,000 Mk., die sie jetzt zuschießen muß, um 25 Söhnen hiesiger Einwohner eine Bildung auf der Gewerbeschule geben zu lassen, könnte die Stadt für sämmtliche höhere Schulen, einschließlich der höheren Töchterschule, den größten Theil der seit Jahren beanstandeten Mittel flüssig machen, um ihre Lehrer endlich in ihren Gehaltsbezügen denen kleinerer Städte (selbst Wohlau hat die Hauptstadt der preußischen Oberlausitz jetzt beschämt!) gleichzustellen. Während bei uns das höchste Oberlehrergehalt an der Realschule erster Ordnung noch immer 4200 Mark beträgt, beziehen jüngere Gymnasiallehrer, die vor wenigen Jahren von hier weggegangen und in kleinen Städten, wie z. B. Fürstenwalde, angestellt sind, jetzt schon seit Jahr und Tag Gehälter von 5000 Mark und darüber, mehr als hier die Directoren der höheren Schulen in ihrem Anfangsgehalt. Und angesichts solcher Verhältnisse können Einzelne noch daran denken, von der Stadt die Errichtung einer höheren Gewerbeschule zu verlangen, die hier ebenso wenig Boden hat, als die reorganisirte ihn hat gewinnen können.

O. **Reichenbach**, 2. Febr. [Zur Warnung für Zeugengebühren fordernde Personen. — Prämiirung. — Selbstmord.] Es mag oft vorkommen, daß Personen, welche gerichtlich als Zeugen vorgeladen werden, unter Vorspiegelung falscher Thatsachen, Anspruch auf recht hohe Zeugengebühren, Fuhrkosten etc., welche ihnen durch das Gesetz vom 1. Juli 1875 zugebilligt sind, machen und dieselben auch erheben, dabei aber nicht bedenken, daß sie dadurch mit dem Strafgesetzbuch in Conflict gerathen, d. h. sich eines Betruges schuldig machen. Nachstehender Fall, der dieser Tage vor hiesigem königl. Kreisgerichte in öffentlichem Audienztermine verhandelt wurde, dürfte wohl geeignet sein, als Warnung in weitere Kreise zu dringen. Der Brennerei-Verwalter W. aus P. wurde im August v. J. zu einem Termin als Zeuge geladen. Er liquidirte für Zeitversäumniß (etwa 6 Stunden) 9 Mark, indem er angab, diese für einen Stellvertreter zahlen zu müssen; als Reise-Entschädigung verlangte er für die von ihm gehaltene Fuhre 6 M. und eine entsprechende Aufwandsentschädigung von 3 M.; insgesammt 18 M. Der Fiscus machte in diesem Falle von seinem Rechte, Nachforschungen über die Richtigkeit der liquidirten Forderungen anstellen zu können, Gebrauch, und es stellte sich heraus, daß W. eine Stellvertretung nicht hatte bezahlen dürfen, auch nicht eine Fuhre für 6 M. gedungen hatte, sondern per Bahn mittelst eines Tagesbillets für 80 Pf. hierher gefahren war. Da W. im Audienztermin durch die Zeugenaussagen dieser Thatsachen überführt wurde, hielt der königl. Staatsanwalt seine Anklage, welche sich auf § 263 des Strafgesetzbuches gründete, aufrecht und beantragte gegen W. wegen Betrug eine Gefängnißstrafe von 4 Wochen und 100 M. Geldbuße, eventuell noch 20 Tage Gefängniß. Der Gerichtshof hat auch dem Antrage gemäß erkannt. — Auf der neunten Geflügel-Ausstellung zu Chemnitz, welche in der Zeit vom 18. zum 20. Januar d. J. der dortige Geflügelzüchter-Verein veranstaltete und die von zahlreichen Ausstellern aus dem Königreich Sachsen, den sächsischen Herzogthümern und mehreren preußischen Provinzen beschickt war, erhielt unser Mitbürger, Kaufmann Paul Pache, für zwei Paar von ihm ausgestellte, selbstgezüchtete Pfautauben zwei Preise, und zwar den ersten Preis, eine silberne, und den zweiten, eine broncene Medaille. — Die Zahl der Selbstmorde, welche in den letztverflossenen Jahren schon eine abnorme war, wird, allem Anscheine nach, auch im Jahre 1879 keine geringere sein. Zu den vielen Fällen, die gemeldet werden, ist auch wieder einer aus Ernsdorf zu berichten, und zwar war es der Kohlenhändler Sch., der seinem Leben vorgestern durch Erhängen ein Ende machte.

⊙ **Aus dem Militsch-Trachenberger Kreise**, 3. Febr. [Orden. — Schulsache. — Unglücksfall. — Theater. — Landwirthschaftlicher Verein.] Dem Bürgermeister Generlich in Militsch ist bei der am 26. v. M. in Berlin stattgehabten Feier des Krönungs- und Ordensfestes der Königliche Kronen-Orden vierter Klasse von Sr. Majestät verliehen worden. — Der Kreis-Schul-Inspector Löber macht bekannt: Es sind in neuester Zeit mehrfach Fälle vorgekommen, daß Eltern aus unentschuldbaren Gründen ohne Weiteres ihre Kinder aus einer Schule genommen und in irgend eine der nächsten Schulen, welchen sie jedoch nicht schulverbandpflichtig angehörten, geschickt haben, ohne hierbei die gesetzlichen Vorschriften zu beachten. In solchem Falle haben dann nicht blos die betreffenden Eltern, sondern auch diejenigen Lehrer gegen die Gesetze verstoßen, welche dergleichen Kinder, die nicht zu der Schulgemeinde gehörten, denen diese Lehrer angehörten, ohne Bedenken in ihre Schulen aufgenommen haben. Um dieser Ungesetzlichkeit zu steuern, hat die kgl. Regierung unterm 17. Januar c. II. VI. 230 verfügt, „daß der Uebertritt eines Kindes von einer Schule desselben Ortes in die andere während eines laufenden Halbjahres überhaupt nicht zu gestatten ist. Aber auch zu den gewöhnlichen Fristen im Frühjahr und Herbst muß in einem solchen Falle § 18 unseres Ausschreibens vom 13. Septbr. 1876 (Amtsblatt 1876, S. 315) genau beachtet werden. Auch aus anderen Gründen, wie z. B. im Falle der Ueberfüllung etc., wie überhaupt solchen Kindern, die gegenüber einer bestimmten Schule als Auswärtige angesehen werden müssen.“ — In der Zuckerfabrik zu Trachenberg verunglückte der Arbeiter Rode, indem er bei der Arbeit ausglitt und in die sogenannte „Schleuder“ gerieh, wobei ihm der linke Arm vollständig zermalmt, sowie die Seite und die Brust sehr beschädigt wurde. Auf Veranlassung der Aerzte daselbst wurde er in seinem schmerzenvollen Zustande per Bahn nach Breslau ins Hospital gebracht, wo er bald darauf gestorben ist. Er hinterläßt eine Frau mit einem Kinde. Bald nach diesem Unglücksfalle konnte daselbst leicht ein zweiter stattfinden. Die Arbeiterin Stammler kam mit ihrem Rocke ins Gewerk und hätte nicht ein beherzter Arbeiter es gewagt, ihr den Rock schnell loszuschneiden, so konnte sie ebenfalls und auf dieselbe Weise ihren Tod finden, wie vor zwei Jahren die Arbeiterin Schmidt. — Die Paul Lehmann'sche Theater-Gesellschaft, welche in Trachenberg einen Cyclus von Vorstellungen eröffnet hat, erfreut sich der allgemeinen Zufriedenheit des Publikums. — Der Trachenberger landwirthschaftliche Verein für Rusticalbesitz hat beschlossen, künftiges Frühjahr Heinemann's (Erfurt) September-Mais anzubauen. Diese neue Maissorte wird schon Mitte bis Ende September reif und gewährt eine außerordentliche Ertragsfähigkeit, pro Morgen (25 Are) 30—50 Ctr. Die hauptsächlichste Verwendung findet der Mais: 1) als Beimischung zu Pferdefutter (²/₅ Mais und ³/₅ Hafer ist nach Berichten von Autoritäten der beste Mischungssatz); 2) als unübertroffenes Futter für Mastvieh; 3) in Brennereien und Brauereien; 4) zur Bereitung von Oel; dasselbe wird aus den bei Verwendung ad 3 entfallenden Keimen gewonnen und der Rest zu Oelkuchen verarbeitet etc. Die Höhe der neuen Maissorte ist ca. 2 Meter. Jede Staude trägt im Durchschnitt drei 15—20 Centimeter lange achtreihige Kolben mit je ca. 300 großen Körnern; Farbe ein wenig dunkler als die des allbekannten Pferdezahn-Mais. Ein zweiter Vorzug dieser neuen Sorte besteht in dem sehr schwachen und deshalb auch ohne Aufhängen leicht trocknenden Marke des Fruchtkolbens.

♀ **Neisse**, 1. Februar. [Communales. — Theater. — Vortrag. — Singakademie. — Unglücksfall. — Wasserhebewerk.] Während dem jüngst hier zum Stadtverordneten gewählten königl. Bauinspector Rösener die Bestätigung seitens der königlichen Regierung zu Oppeln versagt worden war, ist dem gleichzeitig gewählten Realschullehrer Rose von dem königlichen Provinzial-Schulcollegium der Eintritt in die Stadtverordneten-Versammlung gestattet worden. — Dem hiesigen, der Krankenpflege gewidmeten Orden der grauen Schwestern sind für das laufende Jahr 300 Mark Beihilfe aus städtischen Fonds gezahlt worden. — Die den hiesigen Hauptlehrern seither gewährte jährliche besondere Remuneration wurde in Folge eingebrachten Gesuchs von 90 auf 150 Mk. erhöht. An Stelle des freiwillig ausgeschiedenen Stadtraths Thau ist der Kaufmann Reinhard Dietrich zum Stadtrath gewählt worden. — In der Auseinandersetzungsstreitigkeit zwischen der Stadtgemeinde Neisse und den Bewohnern des früheren Areals von Altstadt-Neuland wurden die Letzteren mittelst Bescheides der königl. Regierung zu Oppeln mit ihren Entschädigungs-Ansprüchen abgewiesen. — Auf eine zum Zweck gutachtlicher Aeußerung von der königl. Regierung zu Oppeln an den Magistrat gerichtete Anfrage wegen der hiesigen Jahrmärkte, welche der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet wurde, erklärt diese sich damit einverstanden, daß die bisherigen vier Märkte beizubehalten sind. — Vorigen Donnerstag schloß die Georgi'sche Schauspielgesellschaft ihre hiesigen Vorstellungen für diese Saison. Die Truppe kann mit ihren künstlerischen Erfolgen ebenso zufrieden sein, wie ihr Director mit den pecuniären. Demnächst giebt eine Operetten- und dann noch eine Operngesellschaft hier je einen längeren Cyclus von Vorstellungen. — In der „Bürger-Ressource“ hielt am 29. v. Mts. der Director der landwirthschaftlichen Winterschule, Herr Arndt, einen interessanten Vortrag „über Bereitung der Battist- und Spitzen-Flächse“, wobei er Proben der verschiedenen rohen und bearbeiteten Flachsarten und der daraus hergestellten Gespinnste und Gewebe (Battist und Brüsseler Spitzengarne) vorlegte. — Der bisherige Leiter der „Singakademie“, Herr Justizrath Fischer, hat sein Amt niedergelegt. Der Verein wird seitdem von einem bewährten Fachmanne, dem Gymnasial-Gesanglehrer, Herrn Rothkegel, geleitet. — Heut in früher Morgenstunde gerieth auf dem Bahnhofe ein Wagenschieber beim Rangiren zwischen die Puffer zweier Waggons und fand durch die Quetschung seinen sofortigen Tod. — Die Arbeiten an dem neuen Wasserhebewerk sind soweit gefördert, daß schon in Kürze mit Legung des Röhrennetzes in der innern Stadt und Ausführung der Anschlußleitungen begonnen werden wird. Das Unternehmen findet die ungetheiltesten Sympathien der hiesigen Bürgerschaft, weil damit ein bald allgemein und schmerzlich gefühlter Uebelstand beseitigt und die Wohlthat der Versorgung mit reinem, gutem Wasser an dessen Stelle treten wird. Es ist kein filtrirtes Neissewasser, welches der Sammelbrunnen enthält, aus dem die Leitungen gespeist werden; es ist vielmehr Quellwasser, jedoch ohne nachweisbar mineralische Beimischungen und arm an Kohlensäure, dabei von krystallischer Klarheit, so daß es zum Kochen, Bierbrauen, Waschen etc. sich ganz vorzüglich eignet. Der Zufluß ist mehr als hinreichend für die gegenwärtigen und auch für noch zu erwartende steigende Größenverhältnisse unserer Stadt.

**Berlin**, 3. Februar. [Börse.] Im gestrigen Privat-Verkehr war die Haltung schwach, das Geschäft sehr beschränkt. Creditactien 386,50 bis 384,50—385,50—385, Franzosen 422,50—421,50—422,50, Lombarden 111, österr. Papierrente 53, do. Goldrente 63,60, ungar. Goldrente 71—70,75 bis 70,90—70,75, Italiener 74,50, 1877er 5% Russen 83,10, II. Orient-Anleihe 55,50, russische Noten per ult. 194,75, Rumänier 29—29,50, Köln-Mindener Bahn 102,75, Bergisch-Märkische Bahn 76, Rheinische Bahn 105,75, Galizier 93,75—93,50—93,60, Disconto-Commandit 126,75—126,40 bis 126,50, Laurahütte 65,75—65—65,25, Hibernia, Shamrock 49,75.

Heute verhielt sich die Börse bei Eröffnung des Geschäftes sehr reservirt, man versuchte nicht einmal nach irgend einer Seite hin eine Bewegung einzuleiten. Die Speculation ist unentschlossen, wohin sie sich wenden soll, denn es sprechen für die Baisserichtung die Verhältnisse eben so wenig, wie für die Hausse. Der Verkehr blieb daher ungemein still und waren demgemäß auch die Coursveränderungen im Allgemeinen ganz belanglos. Obgleich gegen Ende der ersten Börsenstunde eine entschieden matte Stimmung zum Durchbruch kam, so blieb doch der Verkehr unverändert in sehr engen Grenzen. Zu der plötzlichen Flauheit hatten die russischen officiösen Dementis über das Umsichgreifen der Pest den Grund gegeben, man nahm dieselben mit großem Mißtrauen auf und glaubte aus der Dringlichkeit, mit welcher die weitere Verbreitung der Seuche in Abrede gestellt wurde, gerade das Gegentheil entnehmen zu sollen. In Folge dessen gingen Oesterreichische Credit-Actien und Franzosen um ca. 3 M. im Course zurück. Die Oesterreichischen Nebenbahnen konnten sich besser behaupten. Galizier befestigten ihre Haltung nach schwachem Anfang recht bemerkenswerth, da die Minder-Einnahme von 182,000 Fl. sich besser als erwartet zeigte. Rudolfbahn erfreute sich guter Beliebtheit. Die localen Speculations-Effecten blieben sehr wenig beachtet. Disconto-Commandit-Antheile erwiesen sich aber als recht fest, Laurahütte war eher schwankend; es notirten erstere pr. ult. 126½—7—5¾ bis 6, letztere pr. ult. 65—¼. Die auswärtigen Staatsanleihen hielten sich fast unverändert, trugen im Allgemeinen aber eher eine matte Tendenz. Russische Werthe niedriger, 5proc. Staatsanleihen 82¾, russische Noten wenig fest, pr. ult. 194½—193¼—193½ (Vorprämie 196/2), pr. März 195 bis 194 (Vorprämie 197¼/3). Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. In 4½proc. einheimischen Eisenbahnprioritäten wurden mehrere größere Anlagen gemacht und besonders waren Berg.-Märk. 3½proc. garantirte beliebt. Auswärtige Prioritäten meist ohne Geschäft. Auf dem Eisenbahnactienmarkte herrschte bei geringem Verkehr eine recht feste Stimmung. Per ult. wurden notirt: Bergische ult. 76—76,20, Kölnische ult. 102,75, Potsdamer anziehend, Stettiner wenig fest. Rechte-Oderufer und besonders Freiburger beliebt, Tilsit-Insterburg höher. Berlin-Dresdener nachgebend, Brest-Grajewo und Ostpreußische Südbahn gedrückt. Bankactien sehr still. Luxemburger Bank steigend, Deutsche Bank zu höherem Course in guter Frage. Dessauer Landesbank besser, Preußischer Bodencredit zog 2¼ % im Course an. Bank für Rheinland und Chemnitzer Bankverein angeboten. Industriepapiere betheiligten sich wenig am Verkehr. Ahrens Brauerei besser, ebenso Union-Brauerei anziehend. Bockbrauerei steigend. Große Pferdebahn erhöhte die Notiz. Eiswerke konnten sich nicht behaupten, Centralstraße zog etwas an. Montanwerthe sehr fest. Kölner Bergwerk zog 4 % im Course an. Donnersmarck höher, Hibernia ging zu höherem Course in großen Posten um. Gelsenkirchen, Bergisch-Märkisches Bergwerk und Braunschw. Kohlen anziehend.

Um 2½ Uhr: Fester. Credit 383,50, Lombarden 111,—, Franzosen 420, Reichsbank 152,25, Disconto-Commandit 126,20, Laurahütte 65,25, Türken 11,90, Italiener 74,50, Oesterr. Goldrente 63,60, Ungarische Goldrente 70,75, Oesterr. Silberrente —,—, do. Papierrente 52,90, 5 % Russen 82,90, Köln-Mindener 102,75 Rheinische 105,75, Bergische 76,10, Rumänen 29,50, Russische Noten 193,75, Orient —,—.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent.-Cp. 173,— bez., do. Eisenb.-Coup. 173,— bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 Pf. l. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,155 bez., do. Prioritäten 4,15 bez., do. Papier-Dollars 4,15 bez., 6% New-York-City — bez.,

Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. l. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Engl. conf. verl. — bez., Russ. Poll 20,54—53 bez., 72er Russen —,—, Große Russ. Staatsbahn —,— bez., Russ. Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. —,— bez., 8% Rumänische Div.-Sch. p. 78 —,— bez., Warschau-Teres-pol —,— bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Verl. Lstr.-Obligat. 20,335 bez.

# Berliner Börse vom 3. Februar 1879.

## Fonds- und Geld-Course.

| | | |
|---|---|---|
| Deutsche Reichs-Anl. | 4 | 95,40 B |
| Consolidirte Anleihe | 4½ | 104,90 bz |
| do. do. 1876 | 4 | 95,70 bz |
| Staats-Anleihe | 4 | 95,80 bz |
| Staats-Schuldscheine | 3½ | 91,40 G |
| Präm.-Anleihe v. 1855 | 3½ | 146,40 bz |
| Berliner Stadt-Oblig. | 4½ | 102,70 bz |
| Pfandbriefe. Berliner | 4½ | 102,10 bz |
| Pommersche | 3½ | 84,25 G |
| do. | 4 | 95,90 bz |
| do. | 4½ | 102,80 bz |
| do. Lndsch.Crd. | 4½ | — — |
| Posensche neue | 4 | 95,40 bz |
| Schlesische | 3½ | 87 G |
| Lndschaftl. Central | 4 | 95,00 bz |
| Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk. | 4 | 96,00 G |
| Pommersche | 4 | 95,90 bzB |
| Posensche | 4 | 95,80 bz |
| Preussische | 4 | 95,70 G |
| Westfäl. u. Rhein. | 4 | 99,00 G |
| Sächsische | 4 | 97,25 bz |
| Schlesische | 4 | 97,50 G |
| Badische Präm.-Anl. | 4 | 123,25 B |
| Baierische 4% Anleihe | 4 | 125,00 bzB |
| Cöln-Mind.Prämiensch | 3½ | 117,00 bz |
| Sächs. Rente von 1876 | 3 | 72,80 B |

Kurh. 40 Thaler-Loose 243,50 G
Badische 35 Fl.-Loose 151,00 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 82,80 bz
Oldenburger Loose 142,00 B

## Hypotheken-Certificate.

| | | |
|---|---|---|
| Krupp'sche Partial-Ob. | 5 | 108,50 bz |
| Unkb.Pfd.d.Pr.Hyp.-B. | 4½ | 95,75 bzG |
| do. do. | 5 | 102,00 bzG |
| Deutsche Hyp.-B.-Pfb. | 4½ | 93,75 bz |
| do. do. do. | 5 | 100,75 bzG |
| Kündbr. Cent.-Bod.-Cr. | 4½ | 100,00 G |
| Unkünd. do. (1872) | 5 | 102,00 G |
| do. rückzb. à 110 | 5 | 108,00 B |
| do. do. do. | 4½ | 99,00 bz |
| Unk.H.d.Pr.Bd.-Crd.B. | 5 | — — |
| do. III. Em. do. | 5 | 100,25 bzG |
| Kündb.Hyp.Schuld. do. | 5 | 100,00 G |
| Hyp.-Anth.Nord-G.C-B | 5 | 92,00 G |
| do. do. Pfandbr. | 5 | 90,50 bzG |
| Pomm. Hyp.-Briefe | 5 | 95,75 bzG |
| do. do. II. Em. | 5 | 87,50 bzG |
| Goth. Präm.-Pf. I. Em. | 5 | 108,00 bz |
| do. do. II. Em. | 5 | 105,50 G |
| do. 5% Pf.rkzlbr.m.110 | 5 | 98,50 bzG |
| do. 4½ do. do. m.110 | 4½ | 92,50 bzG |
| Meininger Präm.-Pfdb. | 4 | 109,75 bz |
| Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge. | 5 | — — |
| Schles. Bodencr.-Pfdbr. | 5 | 99,60 G |
| do. do. | 4½ | 95,40 G |
| Südd. Bod.-Cred.-Pfdb. | 5 | 103,50 B |
| do. do. 4½% | 4½ | 98,70 G |

## Ausländische Fonds.

| | | |
|---|---|---|
| Oest. Silber-R. (1/1.1/7.) | 4⅕ | 54,15 G |
| do. (1/4.1/10.) | | 54,10 bz |
| do. Goldrente | 4 | 64,00 bzB |
| do. Papierrente | 4⅕ | 53,00 B |
| do. 54er Präm.-Anl. | 4 | — — |
| do. Lott.-Anl. v. 60 | 5 | 108,00 bz |
| do. Credit-Loose | fr. | 237,00 G |
| do. 64er Loose | fr. | 259,50 G |
| Russ. Präm.-Anl. v. 64 | 5 | 140,50 bz |
| do. do. 1866 | 5 | 140,50 bz |
| do. Orient-Anl. v. 1877 | 5 | 55,40 bz |
| do. II. do. v. 1878 | 5 | 55,30 bz |
| do. Bod.-Cred.-Pfdbr. | 5 | 72,70 bzB |
| do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb. | 5 | — — |
| Russ.-Poln.Schatz-Obl. | 4 | 79,40 bz |
| Poln. Pfndbr. III. Em. | 5 | 60,10 bz |
| Poln. Liquid.-Pfandbr. | 4 | 54,60 bz |
| Amerik. rückz. p. 1881 | 6 | 103,40 bzG |
| do. do. 1885 | 6 | — — |
| do. 5% Anleihe | 5 | 102,50 bzG |
| Ital. 5% Anleihe | 5 | — — |
| Ital. Tabak-Oblig. | 6 | — — |
| Raab-Grazer 100Thlr.L. | 4 | 71,20 B |
| Rumänische Anleihe | 8 | — — |
| Türkische Anleihe | fr. | 11,90 G |
| Ungar. Goldrente | 6 | 71,20 bzB |
| do. Loose (M. p. St.) | fr. | 150,50 bz |
| Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl. | 5 | 73,90 bz |
| do. Schatzanw. | 6 | — — |
| do. do. II. Abth. | 6 | 102,00 bzG |

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 39,10 bz
Türken-Loose 37,75 bzB

## Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

| | | |
|---|---|---|
| Berg.-Märk. Serie II. | 4½ | 100,50 B |
| do. III. v. St.3½g. | 3½ | 85,50 bz |
| do. do. VI. | 4½ | 100,50 bzG |
| do. Hess. Nordbahn | 5 | 104 G |
| Berlin-Görlitz | 5 | — — |
| do. | 4½ | 90,60 bzB |
| do. Lit. C. | 4½ | 84,50 bz |
| Bresl-Freib. Lit. D.E.F | 4½ | 98,60 G |
| do. Lit. G. | 4½ | 97,90 B |
| do. do. H. | 4½ | 95,00 B |
| do. do. J. | 4½ | 95,40 bzG |
| do. do. K. | 4½ | 95,40 bzG |
| do. von 1876. | 5 | 102,25 bzB |
| Cöln-Minden III. Lit. A. | 4 | 93,50 G |
| do. . . Lit. B. | 4½ | 101,00 G |
| do. . . . IV. | 4 | 94,60 bz |
| do. . . . V. | 4 | 93,25 bz |
| Halle-Sorau-Guben | 4½ | 102,00 bz |
| Hannover-Altenbeken. | 4½ | 97 G |
| Märkisch-Posener | 5 | — — |
| N.-M. Staatsb. I. Ser. | 4 | 97,00 bz |
| do. do. II. Ser. | 4 | 96,50 B |
| do. do. Obl. I. u. II. | 4 | 97,50 G |
| do. do. III. Ser. | 4 | 96,00 B |
| Oberschles. A. | 4 | — — |
| do. B. | 3½ | — — |
| do. C. | 4 | — — |
| do. D. | 4 | 94,00 bzG |
| do. E. | 3½ | — — |
| do. F. | 4½ | 101 G |
| do. G. | 4½ | — — |
| do. H. | 4½ | 101,60 bz |
| do. von 1869. | 5 | 101,90 G |
| do. von 1873. | 4 | 92,30 bzG |
| do. von 1874. | 4½ | — — |
| do. Brieg-Neisse | 4½ | — — |
| do. Cosel-Oderb. | 4 | 95,75 G |
| do. do. | 5 | 103,50 B |
| do. Stargard-Posen | 4 | — — |
| do. do. II. Em. | 4½ | 100,50 G |
| do. do. III. Em. | 4½ | 100,50 G |
| do. Ndrschl.Zwgb. | 3½ | — — |
| Ostpreuss. Südbahn | 4½ | 99,40 bz |
| Rechte-Oder-Ufer-B. | 4½ | 101,00 B |
| Schlesw. Eisenbahn | 4½ | — — |
| Dux-Bodenbach | fr. | 65,90 G |
| do. II. Emission | fr. | 58,00 bz |
| Prag-Dux | fr. | 19,60 G |
| Gal. Carl-Ludw.-Bahn | 5 | 87,00 bz |
| do. do. neue | 5 | 85,75 G |
| Kaschau-Oderberg | 5 | 59,80 bz |
| Ung. Nordostbahn | 5 | 54,50 B |
| Ung. Ostbahn | 5 | 54,00 bzG |
| Lemberg-Czernowitz | 5 | 65,50 G |
| do. do. II. | 5 | 67,30 G |
| do. do. III. | 5 | 61,30 G |
| do. do. IV. | 5 | 57,75 bzG |
| Mährische Grenzbahn | 5 | 53,25 bzG |
| Mähr.-Schl. Centralb. | fr. | — — |
| do. II. | fr. | — — |
| Kronpr. Rudolf-Bahn | 5 | 65,10 bb |
| Oesterr.-Französische | 3 | 347,25 B |
| do. do. II. | 3 | 335,25 G |
| do. südl. Staatsbahn | 3 | 237,50 bz |
| do. neue | 3 | 237,25 G |
| do. Obligationen | 5 | — — |
| Rumän. Eisenb.-Oblig. | 6 | 82,90 bz |
| Warschau-Wien II. | 5 | 98 G |
| do. III. | 5 | 95,60 bz |
| do. IV. | 5 | 85,25 bzG |
| do. V. | 5 | 85,50 bz |

## Wechsel-Course.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Amsterdam 100 Fl. | 8 T. | 4 | 168,90 bz |
| do. do. | 2 M. | 4 | 167,95 bz |
| London 1 Lstr. | 3 M. | 3 | 20,28 bz |
| Paris 100 Frcs. | 8 T. | 3 | 80,95 G |
| Petersburg 100 SR. | 3 M. | 6 | 191,90 bz |
| Warschau 100 SR. | 8 T. | 6 | 192,50 bz |
| Wien 100 Fl. | 8 T. | 4½ | 173,20 bz |
| do. do. | 2 M. | 4½ | 172,60 bz |

| | |
|---|---|
| Ducaten — — | Dollars 4,18 G |
| Sover. 20,32 bzG | Oest. Bkn. 173,90 bz |
| Napoleon 16,19 bz | do. Silbergd 174,00 bz |
| Imperials 16,66 bz | Russ. Bkn. 193,10 bz |

## Eisenbahn-Stamm-Actien.

| Divid. pro | 1877 | 1878 | | |
|---|---|---|---|---|
| Aachen-Mastricht | ½ | — | 4 | 15,90 bz |
| Berg.-Märkische | 3⅛ | — | 4 | 76,25 bz |
| Berlin-Anhalt | 5¾ | — | 4 | 86,75 G |
| Berlin-Dresden | 0 | — | 4 | 7,50 bzG |
| Berlin-Görlitz | 0 | 0 | 4 | 15,00 bz |
| Berlin-Hamburg | 11½ | — | 4 | 182,75 bz |
| Berl.-Potsd-Magdb. | 3½ | — | 4 | 79,25 bzG |
| Berlin-Stettin | 7 1/10 | — | 4 | 93,75 bzG |
| Böhm. Westbahn | 5 | 5 | 5 | 69,30 bz |
| Bresl.-Freib. | 2½ | — | 4 | 63,50 bzG |
| Cöln-Minden | 5 1/20 | — | 4 | 102,75 bzB |
| Dux-Bodenbach.B. | 0 | 0 | 4 | 17,50 bzG |
| Gal. Carl-Ludw.-B. | 9 2/7 | — | 4 | 94,50 bz |
| Halle-Sorau-Gub. | 0 | — | 4 | 15,25 bzG |
| Hannover-Altenb. | 0 | 0 | 4 | 13,25 bz |
| Kaschau-Oderberg | 4 | 4 | 5 | 43,25 bzG |
| Kronpr. Rudolfb. | 5 | 5 | 5 | 50,25 bzG |
| Ludwigsh.-Bexb. | 9 | 9 | 4 | 180,75 bzG |
| Märk.-Posener | 0 | 0 | 4 | 21,00 bz |
| Magdeb.-Halberst. | 8 | — | 4 | 119,75 bz |
| Mainz-Ludwigsh. | 5 | — | 4 | 66,10 bz |
| Niederschl.-Märk. | 4 | 4 | 4 | 97,00 B |
| Oberschl. A.C.D.E. | 8½ | — | 3½ | 119,40 bz |
| do. B. | 8½ | — | 3½ | — — |
| Oesterr.-Fr. St.-B. | 6 | — | 4 | 421-19,50-20 |
| Oest. Nordwestb. | 4,15 | — | 5 | 190,00 bz |
| Oest.Südb.(Lomb.) | 0 | 0 | 4 | 111,00 B |
| Ostpreuss. Südb. | 0 | 0 | 4 | 36,25 bzG |
| Rechte-O.-U.-B. | 6⅓ | — | 4 | 106,75 bz |
| Reichenberg-Pard. | 4 | 4 | 4½ | 35,10 bz |
| Rheinische | 7 | — | 4 | 106,75 bz |
| do. Lit. B. (4% gar.) | 4 | 4 | 4 | 93,20 bz |
| Rhein-Nahe-Bahn. | 0 | 0 | 4 | 9,10 G |
| Rumän. Eisenbahn | 2 | — | 4 | 29,25-29,50 |
| Schweiz Westbahn | 0 | 0 | 4 | 15,20 B |
| Stargard-Posener | 4½ | 4½ | 4½ | 101,30 bzG |
| Thüringer Lit. A. | 7½ | — | 4 | 110,40 bzG |
| Warschau-Wien. | 5 | — | 4 | 169,00 bzG |

## Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berlin-Dresden | 0 | — | 5 | 18,75 bzG |
| Berlin-Görlitzer | 0 | 0 | 5 | 35,25 bzG |
| Breslau-Warschau | 0 | 0 | 5 | 30,25 bz |
| Halle-Sorau-Gub. | 0 | — | 5 | 45,40 bzG |
| Hannover-Altenb. | 0 | 0 | 5 | 25,90 bzG |
| Kohlfurt-Falkenb. | 0 | 0 | 5 | — — |
| Märkisch-Posener | 4½ | — | 5 | 87,50 bzG |
| Magdeb.-Halberst. | 3½ | 3½ | 3½ | 76,25 bzG |
| do. Lit. C. | 5 | 5 | 5 | 104,10 bzG |
| Ostpr. Südbahn | 5 | 5 | 5 | 87,10 bzG |
| Rechte-O.-U.-E. | 6⅓ | — | 5 | 112,00 G |
| Rumänier | 8 | 8 | 8 | 83,50 bz |
| Saal-Bahn | 0 | 0 | 5 | 19,25 G |
| Weimar-Gera | 0 | 0 | 5 | 15,00 bzB |

## Bank-Papiere.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Alg. Deu. Hand.-G. | 2 | — | 4 | 27,60 bz |
| Anglo Deutsche Bk. | 0 | — | 4 | — — |
| Berl. Kassen-Ver. | 8 4/15 | 8 9/10 | 4 | 144,00 B |
| Berl. Handels-Ges. | 0 | — | 4 | 57,10 bzG |
| Brl. Prd.-u.Hdls.-B. | 6 | — | 4 | 66,50 G |
| Braunschw. Bank | 3 | — | 4 | 79,10 B |
| Bresl. Disc.-Bank | 3 | — | 4 | 65,90 G |
| Bresl. Wechslerb. | 5⅓ | — | 4 | 70,90 bzG |
| Coburg. Cred.-Bnk. | 5 | — | 4 | 69,00 B |
| Danziger Priv.-Bk. | 0 | — | 4 | 106,00 B |
| Darmst. Creditbk. | 6¾ | — | 4 | 113,70 bzG |
| Darmst. Zettelbk. | 5¾ | — | 4 | 100,00 G |
| Deutsche Bank | 6 | — | 4 | 98,25 bzG |
| do. Reichsbank | 6,29 | — | 4½ | 152,25 bzG |
| do. Hyp.-B. Berlin | 7½ | — | 4 | 83,00 B |
| Disc.-Comm.-Anth. | 5 | — | 4 | 126,10 bz |
| do. ult. | 5 | — | 4 | 126,60-7-5,75-6 |
| Genossensch.-Bnk. | 5½ | — | 4 | 89,00 bzG |
| do. junge | 5½ | — | 4 | 95,50 G |
| Goth. Grundcredb. | 8 | — | 4 | 93,50 bzG |
| do. junge | 8 | — | 4 | 93,50 G |
| Hamb. Vereins-B. | 10 5/9 | 7¾ | 4 | 119,75 G |
| Hannov. Bank | 6 | — | 4 | 102,25 G |
| Königsb. Ver.-Bnk. | 6 | — | 4 | 81,80 G |
| Lndw.-B. Kwilecki. | 0 | — | 4 | 52 G |
| Leipz. Cred.-Anst. | 5⅔ | — | 4 | 118,80 bzG |
| Luxemburg. Bank | 6½ | — | 4 | 106,00 bzB |
| Magdeburger do. | 5 9/10 | — | 4 | 107,50 G |
| Meininger do. | 2 | — | 4 | 72,25 bz |
| Nordd. Bank | 8½ | 8⅘ | 4 | 136,50 B |
| Nordd. Grundcr.-B. | 5 | — | 4 | 49,25 bzG |
| Oberlausitzer Bk. | 3 | — | 4 | 65,00 B |
| Oest. Cred.-Actien | 8⅛ | — | 4 | 385½-3½ bz |
| Posener Pro.-Bank | 6½ | — | 4 | 102,40 G |
| Pr. Bod.-Cr.-Act.-B. | 8 | — | 4 | 71,25 bz |
| Pr. Cent.-Bod.-Crd. | 9½ | — | 4 | 116,90 bz |
| Sächs. Bank | 5¾ | — | 4 | 102,25 bzB |
| Schl. Bank-Verein | 5 | — | 4 | 85,25 bz |
| Weimar. Bank | 0 | — | 4 | 32,70 G |
| Wiener Unionsbk. | 3½ | — | 4 | 115,00 G |

In Liquidation.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berliner Bank | — | — | fr. | 4,00 G |
| Berl. Bankverein | — | — | fr. | 27 G |
| Berl. Wechsler-B. | — | — | fr. | — — |
| Centralb. f. Genos. | — | — | fr. | — — |
| Deutsche Unionsb. | — | — | fr. | 21,50 bzG |
| Gwb. Schuster u. C. | — | — | fr. | — — |
| Moldauer Lds.-Bk. | — | — | fr. | — — |
| Ostdeutsche Bank | — | — | fr. | — — |
| Pr. Credit-Anstalt | — | — | fr. | — — |
| Sächs. Cred.-Bank | — | — | fr. | 107,25 G |
| Schl. Vereinsbank | — | — | fr. | 61,75 B |
| Thüringer Bank | 0 | — | fr. | 73,75 bzG |

## Industrie-Papiere.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berl. Eisenb.-Bd-A. | — | — | fr. | — — |
| D. Eisenbahnb.-G. | 0 | — | 4 | 8,00 bzG |
| do. Reichs-u.Co.-B. | 0 | — | 4 | 69,00 G |
| Märk. Sch. Masch.G | 0 | — | 4 | 25,50 bzG |
| Nordd. Gummifab. | 4 | — | 4 | 46 bzB |
| Westend. Com.-G. | — | — | fr. | 0,20 B |
| Pr. Hyp.-Vers.-Act. | 8 | — | 4 | 83,00 bzG |
| Schles. Feuervers. | 25 | — | fr. | 890 B |
| Donnersmarkhütt. | 3 | — | 4 | 23,75 G |
| Dortm. Union | 0 | — | 4 | 7,00 bzG |
| do. abgest. | 0 | — | 4 | 10,75 bz |
| Königs- u. Laurah. | 2 | — | 4 | 65,50 bz |
| Lauchhammer | 0 | — | 4 | 20,50 bz |
| Marienhütte | 3 | — | 4 | 44,75 B |
| Cons. Redenhütte | — | — | 4 | 63 B |
| Schl. Kohlenwerke | 0 | — | 4 | — — |
| Schl.Zinkh.-Actien | 6½ | — | 4 | 79,00 G |
| do. St.-Pr.-Act. | 6½ | — | 4 | 90,00 bzB |
| Tarnowitz. Bergb. | 0 | — | 4½ | 38,50 G |
| Vorwärtshütte | 0 | — | 4 | 4 G |
| Baltischer Lloyd | — | — | 4 | 5 G |
| Bresl. Bierbrauer. | 0 | — | fr. | — — |
| Bresl. E.-Wagenb. | 1 | — | 4 | 50,00 G |
| do. ver. Oelfabr. | 5 | — | 4 | 50,00 G |
| Erdm. Spinnerei | 0 | — | 4 | 12,50 G |
| Görlitz. Eisenb.-B. | 4 | — | 4 | 61,50 G |
| Hoffm.'s Wag.Fabr. | 0 | — | 4 | — — |
| O.-Schl. Eisenb.-B. | 0 | — | 4 | 29,00 bzB |
| Schl. Leinenind. | 4 | — | 4 | 65,10 G |
| do. Porzellan | 1½ | — | 4 | 30 bzG |
| Wilhelmsh. MA. | 0 | — | 4 | 18,50 G |

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

## Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

**Karlsruhe**, 3. Februar. Die zweite Kammer hat die Grenz-regulirung mit der Schweiz bei Constanz vorbehaltlich der Genehmigung des Deutschen Reichs genehmigt.

**Wien**, 3. Febr. Wie der „Pol. Corresp." aus Konstantinopel vom 3. d. gemeldet wird, würde die Pforte auf Anregung des deutschen Botschafters, den von den anderen Regierungen ergriffenen Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung der Pest beitreten. Zunächst habe die Pforte dem deutschen Botschafter, dessen Schritten sich der österreichische Botschafter anschloß, die Errichtung von Quarantäne-anstalten zugesagt. — Der Gesundheitszustand in Konstantinopel ist ein normaler. — Wie verlautet, beabsichtigt der Kriegsminister dem Sultan ein neues Statut für die Organisation des türkischen General-stabes vorzulegen.

**Wien**, 4. Febr. Die heutige „Wiener Zeitung" veröffentlicht eine Kundmachung, betreffend die Bedingungen, worunter Reisenden aus Rußland und deren Effecten der Grenzübertritt gestattet ist.

**Paris**, 3. Febr. Grévy empfing heute im Elyseepalast die Botschafter Deutschlands, Englands und Spaniens, welche den ersten officiellen Besuch machten. Man glaubt, das neue Cabinet werde morgen gebildet und in dasselbe würden die meisten Mitglieder des jetzigen Cabinets wieder eintreten und zwei oder drei Minister neu-ernannt werden, darunter Perry.

**Rom**, 3. Februar. Kammersitzung. Bei der fortgesetzten Debatte über die äußere Politik sprachen Crispi, Cairoli, die auswärtige Politik der Linken vertheidigend und auf die schwierige Lage hinweisend, welche die Partei, als sie zur Regierung gelangte, vorgefunden hat. Cairoli vertheidigt den Berliner Vertrag, nachweisend, derselbe verletze weder die Interessen noch die Principien Italiens.

**Kopenhagen**, 3. Februar. Die „National-Tidende" meldet, der Regierung sei aus Wien eine Bestätigung der Nachricht von dem österreichisch-deutschen Uebereinkommen bezüglich des Artikels 5 des Prager Friedens zugegangen. — Da die Rechte bei den Wahlen zum Folkething mehrere Sitze der Linken gewonnen hat, zieht die Linke die Prüfung und Giltigkeitserklärung mehrerer Wahlen in die Länge. Für den Fall der Fortdauer eines derartigen Verhaltens der Linken gilt eine nochmalige Auflösung des Folkethings für nicht unwahr-scheinlich.

**Petersburg**, 3. Febr. Die „Agence Russe" will wissen, die Uebergabe von Spuz, Zabljak und Podgoritza an die Montenegriner seitens der Pforte würde am 8. d. M. erfolgen, alsdann würden auch die Montenegriner das von ihnen besetzte türkische Gebiet räumen.

**Nisch**, 3. Februar. Die Thronrede anläßlich des Schlusses der Skupschtina, spricht ihre Befriedigung über die Arbeiten der Skupschtina aus; durch Eröffnung neuer Finanzquellen werde Serbien in der Lage sein, seinen Verbindlichkeiten nachzukommen. Der Credit des Landes ist gehoben; vermöge der neuen Gesetze, namentlich der verbesserten Justizpflege, wird das unabhängige Serbien im Besitze einer verständigen Freiheit das allgemeine Vertrauen genießen.

**Plymouth**, 3. Februar. Der Hamburger Postdampfer „Herder" ist hier eingetroffen.

**Triest**, 3. Febr. Der Lloyddampfer „Ettore" ist mit der ostindischen Ueberlandpost heute Morgen 7 Uhr aus Alexandrien hier eingetroffen.

**Southampton**, 3. Februar. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Mosel" ist hier eingetroffen.

[**Berichtigung.**] In der in unserer heutigen Morgennummer veröffentlichten Depesche über die Vereinbarung der Telegraphen-Verwaltungen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn muß es zum Schlusse heißen: „Grund-taxe 40 Pf., Taxe pro Wort 10 Pf."

## Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Frankfurt a. M.**, 3. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 39. Pariser Wechsel 81, 00. Wiener Wechsel 173, 30. Böhmische Westbahn 137½. Elisabethbahn 138. Galizier 187½. Franzosen*) 209¾. Lombarden*) 55¼. Nordwestbahn 95. Silberrente 54 5/16. Papierrente 53⅛. Oesterreich. Goldrente 63⅝. Ungar. Goldrente 71 1/16. Italiener —. Russ. Bodencredit 73⅛. Russen 1872 82⅞. Neue russische Anleihe 83⅜. 1860er Loose 108⅛. 1864er Loose 257, 80. Creditactien*) 192. Oest. National-Bank 670, 50. Darmstädter Bank 113¼. Meininger Bank 72⅜. Hess. Ludwigsbahn 66¼. Ungarische Staatsloose 148, 80. do. Schatzanweisungen 101⅞. do. Ostbahn-Obligationen II. 64. Central-Pacific 105⅜. Reichsbank 151⅞. Reichs-Anleihe 95 9/16. II. Orientanleihe 55⅜. Discont — pCt. Schwächer.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 192, Franzosen 210, Lombarden —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, Galizier —,—. Orientanleihe —, 1877er Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.

**Hamburg**, 3. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116¼, Silberrente 53¾, Oest. Goldrente 63⅝, Ung. Goldrente 70⅞, Creditactien 191¾, 1860er Loose 108¼, Franzosen 524, Lombarden 136, Ital. Rente 74½, Neueste Russen 82⅞, Vereinsbank 120⅛, Laura-hütte 64¾, Commerzbank 100⅜, Norddeutsche 136¼, Anglo-deutsche 35¼, Intern. Bank 84¾, Amerik. de 1885 97⅞, Köln-Minden. St.-A. 102¾, Rhein. Eisenbahn do. 105¾, Bergisch-Märkische do. 76¼, Disconto 2½ pCt. — Schwach.

**Hamburg**, 3. Februar, Nachmitt. [Getreidemarkt.] Weizen loco matt, auf Termine still. Roggen loco ruhig, auf Termine still. — Weizen per April-Mai 177 Br., 176 Gd., per Mai-Juni 179 Br., 178 Gd. Roggen per April-Mai 117 Br., 116 Gd., per Mai-Juni 119 Br., 118 Gd. Hafer still. Gerste still. Rüböl still, loco 58½, per Mai 58½. Spiritus matt, per Februar 42½ Br., per März-April 42½ Br., per April-Mai 42¼ Br., per Mai-Juni 42¼ Br. Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum behauptet, Standard white loco 9, 70 Br., 9, 60 Gd., per Februar 9, 40 Gd., per März-April 9, 60 Gd. — Wetter: Trübe.

**Liverpool**, 3. Februar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 7000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 5,000 Ballen amerikanische.

**Liverpool**, 3. Febr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 7,000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Angeboten. Middl. amerikanische April-Mai-Lieferung 5⅜, Mai-Juni-Lieferung 5 13/32 D.

**Pest**, 3. Febr., Vorm. 11 U. [Productenmarkt.] Weizen loco besser, Termine ruhig, per Frühjahr 8, 52 Gd., 8, 57 Br. — Hafer per Frühjahr 5, 50 Gd., 5, 55 Br. Mais (Banat) per Frühjahr 4, 87 Gd., 4, 90 Br. — Wetter: Trübe.

**Paris**, 3. Februar, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Februar 26, 75, per März-April 26, 75, per Mai-Juni 27, 00, pr. Mai-August 27, 50. Mehl ruhig, per Febr. 59, 00, per März-April 59, 00, per Mai-Juni 59, 50, per Mai-August 59, 50. Rüböl ruhig, per Februar 82, 50, per März-April 82, 75, per Mai-August 83, 50, per September-December 85, 25. Spiritus matt, per Februar 58, 25, per Mai-August 57, 50. — Wetter: Schön.

**Paris**, 3. Februar, Nachmittags. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Februar pr. 100 Kilgr. 51, 50, Nr. 5/7/8 pr. Februar per 100 Klgr. 57, 50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kgr. per Februar 61, 25, per März-April 61, 50, per Mai-August 62, 50.

**Antwerpen**, 3. Februar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schluß-bericht.) Weizen ruhig. Roggen unverändert. Hafer vernachlässigt. Gerste träge.

**Antwerpen**, 3. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23¼ bez., 23½ Br., per März 23¼ bez., 23½ Br., per April 23¼ bez., 23½ Br., per Septbr.-December 26 Br. — Fest.

**Bremen**, 3. Februar, Nachmittag. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 25, per März 9, 35, per April 9, 35, per Mai 9, 40, per August-December 10, 20.

**Wien**, 3. Febr. [Die heutige erste Generalversammlung der österreichisch-ungarischen Bank] war nicht beschlußfähig, da von 135 angemeldeten Actionären nur 87 erschienen waren, während zur Beschlußfassung 100 nothwendig sind. Es wird deshalb in den nächsten Tagen eine neue Versammlung ausgeschrieben werden.

⊙ **Paris**, 1. Febr. [Börsenwoche.] Die Coursschwankungen dieser Woche sind ausschließlich durch die politischen Ereignisse bestimmt worden und damit ist schon gesagt, daß das Interesse sich ausschließlich auf den Rentenmarkt beschränkte und daß die Effecten sehr vernachlässigt blieben. Diese Woche aber lieferte neuerdings den Beweis, wie sehr die französischen Renten sich dem Einfluß der täglichen Fluctuationen entzogen haben, in welchen die Speculation ihr Hauptelement findet. Diese Speculation sieht sich mehr und mehr auf das Prämiengeschäft angewiesen. In dem Augenblick, da die Börse am ungünstigsten über die Krise urtheilte, ist die 5proc. Rente nicht unter 113, 15 gewichen und während früher bei Ereignissen dieser Art die Coursschwankungen mehrere Franken betragen hätten, gingen sie diesmal nicht über einen Franken hinaus, denn sobald der günstige Verlauf der Krise vorauszusehen war, begann die Rente wieder zu steigen und erreichte den Cours von 114. Die Liquidation kündigte sich damit sehr glücklich an. Auf die erste Nachricht von dem Regierungswechsel hatte sich doch einiges Decouvert gebildet, dessen Deckungskäufe die Hausse beschleunigten. Dazu kam noch die Herabsetzung des Discont durch die Bank von England. Die Monatsabrechnung hat sich denn auch zu Gunsten der Käufer vollzogen. Die Reports waren mäßig.

**Berlin**, 3. Febr. [Producten-Bericht.] Der strenge Frost dauert noch fort, weichendes Barometer deutet aber doch auf bevorstehende Aenderung im Wetter. In den Preisen für Roggen hat sich wenig verändert, Kauflust für Termine war dem Angebot durchaus ebenbürtig. Loco in Folge ziemlich starker russischer Bahnzufuhr mehr Handel zu eher billigeren Preisen. — Roggenmehl ruhig. — Weizen preishaltend, aber in beschränktem Verkehr. — Hafer loco sehr matt. Termine mehr angeboten und billiger verkauft. — Rüböl wenig belebt und ohne nennenswerthe Veränderung im Werthe. — Petroleum still. — Spiritus hat sich im Preise nur schwach behauptet, der Umsatz war mäßig belebt.

Weizen loco 150—190 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, weißer poln. — M. ab Bahn bez., per Februar — M. bez., per April-Mai 173½ Mark bez., per Mai-Juni 176½ M. bez., per Juni-Juli 179 bis 179½ M. bez., per Juli-August 181 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 117—129 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 117—120 M., inländischer 122—125 M., hochfeiner inländ. 126—127½ M. ab Bahn bez., per Ferbruar 122 M. bez., per Februar-März 122 M. bez., per April-Mai 122—121½—122 M. bez., per Mai-Juni 122—121½—122 M. bez., per Juni-Juli 123—123½ M. bez., per Juli-August 124—124½ M. bez., per September-October 126 bis 126½ M. bez. Gek. — Ctr. Kündigungspreis — M. — Gerste loco 110 bis 185 M. nach Qualität gefordert. — Mais loco 120—125 M. nach Qualität gefordert, neuer ungarischer 122 M. ab Bahn bez. — Hafer loco 95—135 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 100—112 M. bez., russischer 98—110 M. bez., pommerscher 105—113 M. bez., schlesischer 108—117 M. bez., böhmischer 108—117 Mark, feiner weißer pommerscher und mecklenburgischer 115—120 M. ab Bahn bez., per April-Mai 115—114½ M. bez., per Mai-Juni 117—116½ Mark bez., per Juni-Juli 119 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Erbsen, Kochwaare 132 bis 185 M., Futterwaare 113—127 M. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 24,00 bis 23,00 M., Nr. 0 und 1: 23,00—22,00 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 19,50 bis 18,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,75 bis 16,50 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sack per Februar 17,25 M. bez., per Februar-März 17,25 Mark bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 17,35 M. bez., per Mai-Juni 17,45 M. bez., per Juni-Juli 17,55 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß — M., ohne Faß 56 M. bez., per Februar 56,3—56,2 M. bez., per Februar-März 56,3—56,2 Mark bez., per April-Mai 56,9—56,8 M. bez., per Mai-Juni 57,2 Mark bez. Gekündigt 100 Centner. Kündigungspreis 56,4 Mark. — Leinöl loco 58 M. Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 21,1 M. bez., per Februar 20,9 M. bez., per Februar-März 20,9 M. bez., per März-April 20,9 M. bez., per April-Mai — Mark bez., per September-October 24,3 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M.

Spiritus loco ohne Faß 51,5 M. bez., per Februar 51,3—51,1—51,2 M. bez., per April-Mai 52,2—52—52,1 M. bez., per Mai-Juni 52,4—52,3 M. bez., per Juni-Juli 53,2 M. bez., per Juli-August 54,2—54,1 M. bez., per August-September 54,5 Mark bez. Gekünd. 20,000 Liter. Kündigungspreis 51,3 Mark.

# **Breslau**, 4. Febr., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war für Getreide matter, bei etwas stärkerem Angebot Preise schwach preishaltend.

Weizen in sehr ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer neuer weißer 13,20—15,60—16,90 Mark, neuer gelber 13,00—15,30 bis 16,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in gedrückter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 10,40 bis 11,30 bis 11,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. neue 12,00 bis 13,00 Mark, weiße 13,50—14,20 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neuer 9,60—10,10—10,80 bis 12,00 Mark.

Mais ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 9,50—10,00—10,50 Mark.

Erbsen schwacher Umsatz, pr. 100 Kilogr. 12,00—13,00—15,00 Mark Victoria- 15,00—16,50—18,00 Mark.

Bohnen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark.

Lupinen, feine Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50 bis 7,80 bis 8,10 Mark, blaue 7,30—7,60—8,00 Mark.

Wicken schwacher Umsatz, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Mark.

Oelsaaten gut preishaltend.

Schlaglein preishaltend.

| Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf. | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Schlag-Leinsaat | 24 | 75 | 22 | 50 | 21 | — |
| Winterraps | 24 | 50 | 22 | — | 21 | — |
| Winterrübsen | 24 | — | 21 | 50 | 20 | 50 |
| Sommerrübsen | 24 | 25 | 22 | — | 21 | — |
| Leindotter | 19 | 50 | 18 | 50 | 17 | 50 |

Rapskuchen schwach gefragt, pr. 50 Kilogr. 6,30—6,60 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 8,10—8,50 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother nur feine Qualitäten preishaltend, pr. 50 Kilogr. 33—36—40—43 Mark, — weißer sehr ruhig, pr. 50 Kilogr. 39—50—54—60 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee preishaltend, pr. 50 Kilogr. 15,50—18,50—20 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 24,75—26,75 Mark, Roggen fein 18,25—19,25 Mark, Hausbacken 18,00—18,50 Mark, Roggen-Futtermehl 8—9 Mark, Weizenkleie 7,00—7,50 Mark.

Heu 2,40—2,70 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—19,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

## Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

| Februar 3., 4. | Nachm. 2 U. | Abends 10 U. | Morgens 6 U. |
|---|---|---|---|
| Luftwärme | + 0°,2 | — 2°,5 | — 2°,4 |
| Luftdruck bei 0° | 330''',29 | 329''',40 | 328''',79 |
| Dunstdruck | 1''',64 | 1''',45 | 1''',43 |
| Dunstsättigung | 81 pCt. | 91 pCt. | 89 pCt. |
| Wind | S. 0. | S. 0. | SO. 1. |
| Wetter | wolkig. | bedeckt. | bedeckt. |

Breslau, 4. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 22 Cm. U.-P. — M. — Cm. Eisstand.




Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.